

Betriebsräte-Zeitschrift



für Funktionäre der Metallindustrie

Herausgegeben vom Vorstand des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes in Stuttgart
Erscheint alle 14 Tage * Verantwortlich für die Redaktion: Robert Dismann

7. Jahrg.

Stuttgart, 16. Januar 1926

Nummer 2

Inhaltsverzeichnis:

1. Wissenschaftliche Betriebsorganisation und Taylorssystem (Tony Sender).
2. Das Wirtschaftsjahr 1925 (F. Petrich, Gera).
3. Die Verschiebung der industriellen Produktion (Julian Borchardt, Berlin).
4. Die wirtschaftliche Entwicklung des amerikanischen Imperialismus (B. Faust, Frankfurt/M.).
5. Produktionsenquete des Internationalen Arbeitsamtes (Tony Sender).
6. Arbeitsstätte, Wohnort und Freizeit des Arbeiters (Dr. phil. Ludwig Brellev, Dresden).
7. Gewerbehygienische Rundschau (Sanitätsrat Dr. W. Hanauer, Frankfurt/M.).
8. Ein wichtiges Betätigungsfeld für die Betriebsräte (Peter Junt, Opladen).
9. Bücherbesprechung.

Wissenschaftliche Betriebsorganisation und Taylorssystem

Tony Sender

Wir sind es gewohnt, daß Zeiten der wirtschaftlichen Depression von dem Überlegenen, dem Unternehmertum, in Deutschland benutzt werden, um Anstürme gegen die Position der Arbeiterschaft vorzunehmen. Nun ist es ohne Zweifel richtig, daß in den letzten Jahren bei uns sehr viel vernachlässigt wurde auf dem Gebiet eines technischen und organisatorischen Ausbaues der Betriebe. Das ist es ja gerade, was in erster Linie die Arbeiterschaft schon längst hervorgehoben hat, als noch die Zeit und auch die Mittel zur Umstellung vorhanden waren. Nun steht es aber außer Zweifel, daß eine völlige gedankliche Klarheit darüber, was man unter Durchorganisation, unter wissenschaftlicher Betriebsführung zu verstehen habe, durchaus nicht vorhanden ist. Und aus dieser Unklarheit ist auch ein erhebliches Mißtrauen in der Arbeiterschaft gegen die wissenschaftliche Betriebsführung entstanden. Sie meint, daß damit unbedingt eine erhöhte Ausbeutung verbunden sein müsse. Wenn dem so sein müßte, dann geschähe dieser Widerstand mit Fug und Recht. Und gerade uns Sozialisten müßte am meisten die Tatsache schrecken, daß eine Erhöhung der Produktivität der Arbeit nur auf Kosten des Menschen zu erlangen wäre. Da wir aber die Notwendigkeit einer gesteigerten Produktivität allgemein bejahen und sie gerade in der Gemeinwirtschaft noch mehr erhöhen wollen, wird es für uns zur Lebensfrage, ob wirklich nur eine noch intensivere Kräfteverausgabung das gesteckte Ziel verwirklichen kann.

Andererseits kommt aber auch den Unternehmern die herrschende Unklarheit zugute. Sie sprechen von Rationalisierung der Betriebe, was sie aber praktisch betreiben, ist zumeilen nichts anderes, als eine vermehrte Ausbeutung der Arbeitskraft. Die Betriebsräte stehen da vor einer sehr schwierigen und verantwortungsvollen Aufgabe. Haben sie doch auf Grund des Betriebsrätegesetzes mitzumirken an der Einführung neuer Arbeitsmethoden. Droht man ihnen aber mit der Alternative, entweder Betriebschließung oder Umstellung der Arbeitsmethoden, dann fühlen sie die ganze Schwere ihrer Verantwortung, die ihnen gebietet, das Gemeininteresse wahrzunehmen und auch die Belegschaft zu schützen.

In dieser Situation nun werden es alle begrüßen, daß im Dietz-Verlag ein umfangreiches Werk des russischen Professors **Ermancki** unter dem Titel „**Wissenschaftliche Betriebsorganisation und Taylorsystem**“ erscheint, das erstmalig vom Standpunkt der marxistischen Wissenschaft aus das Problem ganz gründlich behandelt (550 Seiten). Ermancki hatte das Werk erstmalig in russischer Sprache nach der bolschewistischen Revolution in Rußland erscheinen lassen. Aber die ausgezeichnete Übersetzung läßt es uns nicht empfinden, daß wir eine Übertragung in unsere Sprache vor uns haben. Zum ersten Male wird hier das ganze Problem methodologisch angepaßt und der Verfasser versteht es, Wissenschaftlichkeit mit weitgehender Popularität des Stils zu paaren.

Vorweg nimmt Ermancki eine begriffliche Klarstellung vor, die bestimmend werden soll für die ganze weitere Untersuchung. Es ist die Unterscheidung zwischen dem **Optimum** und dem **Maximum** bei der Leistung resp. dem Arbeitsergebnis. Ziel ist stets eine Vermehrung des Arbeitsergebnisses, aber das Optimum bedeutet, daß dieses Resultat mit einem möglichst kleinen Energie- und Materialaufwand erreicht werde. Während die Unternehmer ihre Aufmerksamkeit mit Vorliebe der einfachen arithmetischen Aufgabe zuwenden, daß erhöhte Arbeitsleistung und erhöhter Materialaufwand auch ein vermehrtes Ergebnis zeitigen müßte, ergibt eine Prüfung, daß in derart erhöhter Material- und Kraftausgabe keineswegs das Prinzip des Rationalen verwirklicht ist, da hierbei nicht immer eine ergiebigste Ausnutzung der verausgabten Energie stattfindet. Nicht auf den maximalen Effekt kommt es an, sondern darauf, daß dieser mit einer möglichst geringen Ausgabe an Material und Kräften erreicht wird. Dem steht aber das Prinzip des Maximums entgegen, mit dem versucht wird, das größtmögliche Resultat **um jeden Preis** zu erreichen. Mit Recht wird darauf hingewiesen, daß die Methode des Sportwettkampfes nicht auf die dauernde und regelmäßige Arbeit in der Produktion übertragen werden kann.

Will man daher eine rationelle Leistungsnorm in einem Betriebe feststellen, dann muß man davon ausgehen, daß es für jede Art der Arbeit eine bestimmte Norm gibt, die als eine optimale angesehen werden kann, das heißt, daß bei dieser Norm eine zweckmäßige Ausnutzung der lebendigen Kraft vor sich geht. Um aber dieses Optimum festzustellen, muß vorausgehen die planmäßige Organisation der Arbeitsumgebung, das heißt die Rationalisierung des Arbeitsraumes, der Rohstoffe, der Werkzeuge, der Arbeitsmethoden usw. Dann erst werden vergleichende Messungen von Energieausgabe und erzielttem Resultat vorgenommen. Das **Optimum** ist dann er-

reicht, wenn die größte Menge des erreichten Resultats auf jede Einheit der verausgabten Energie entfällt. Eine weitere Steigerung der Energieausgabe würde dann zwar noch vielleicht ein erhöhtes Gesamtergebnis zur Folge haben, aber die auf die Einheit der Energie entfallende Menge wäre bedeutend kleiner geworden.

Daraus folgt: Eine rationelle Betriebsführung muß darauf bedacht sein, die optimale Leistung festzustellen, das heißt diejenige, bei der das größte Arbeitsergebnis auf die Einheit der Energieausgabe entfällt, während jede darüber hinausgehende Steigerung wohl auf die Durchführung des Grundsatzes des Maximums zusteuert, aber nicht als rationell angesprochen werden darf. Im übrigen: Bei der Behandlung der Maschine betrachtet man es als selbstverständlich, daß das Optimumprinzip beachtet wird, daß nämlich kein Raubbau mit ihr betrieben wird, weil dies einen zu raschen Verschleiß zur Folge haben könnte. Der vorzeitige Verschleiß menschlicher Arbeitskraft stört den einzelnen Kapitalisten zwar nicht, die Gesamtwirtschaft aber wird dadurch aufs schwerste geschädigt.

Nun fordert man noch obendrein vom Arbeiter die maximale Leistung, ohne daß der Arbeitnehmer einen Einfluß darauf hat, daß die Produktionsmittel und die Arbeitsumgebung in entsprechender Weise vorbereitet sind. Denn zur Erreichung einer hohen Arbeitsleistung müßten die Produktionsmittel nicht nur von guter Qualität, sondern auch auf das Zweckmäßigste und Rationellste organisiert sein. Hinzu kommt, daß eine vernunftgemäße Zerlegung der Arbeit stattzufinden hat, daß die physischen und psychischen Qualitäten des Arbeiters ihn für seine Tätigkeit geeignet machen müssen. Sind alle diese Voraussetzungen gegeben, das heißt stimmen sie in zweckmäßiger Organisation zueinander, so ist der Faktor für die Produktivität gegeben. Anders wenn der ganze Wert von der Leitung darauf gelegt wird, daß die Menge der Energie, die der Arbeiter in die Tätigkeit hineinbringt, immer weiter gesteigert werde. Das Maß dieser Energieausgabe hängt nicht nur von dem Kräftevorrat des Menschen ab, sondern auch von dem Maße der Willensanstrengung, die der Arbeiter macht oder zu dem er angestachelt wird, um die Anspannung seiner Muskel- und Nervenarbeit zu vergrößern. Dieser Faktor, der lediglich abhängig ist vom Grad der Anspannung der Arbeitskraft, ist die **Intensität**.

Werden daher vom Unternehmer Anforderungen an höhere Arbeitsleistungen gestellt, so muß der Betriebsrat zunächst feststellen, ob alle Möglichkeiten zur Steigerung der Produktivität ausgenutzt sind.

Diese Prüfung ist besonders wichtig in all den Fällen, da nunmehr versucht werden soll, das **Taylorssystem** in der Arbeit deutscher Betriebe einzuführen. Ermanski gibt uns eine erstmalig mit wissenschaftlichen Methoden vom Standpunkt des sozialistischen Wirtschaftswissenschaftlers vorgenommene scharfe Analyse dieser Arbeitsmethode, die scharf die positive und negative Seite dieses Systems voneinander scheidet. Zur positiven Seite gehört die Forderung von Taylor, daß man in der Technik rein gar nichts aufs Geratewohl tun darf; daß im Betrieb nicht nur alles organisiert sein, sondern auch auf die sparsamste Weise geschehen müsse, mit einem minimalen Aufwand an Kraft, Zeit und Mitteln, wobei zugleich die größten Resultate erzielt werden. Das bezieht sich sowohl auf die Einrichtung des Betriebes, wie auch auf die

Behandlung von Produktionsmitteln, Transmiffionen, Werkzeugen — jede Einzelfunktion ist genau zugewiesen. Nicht minder wichtig ist die genau durchdachte Fortbewegung der Rohstoffe und Halbfabrikate, ihre Zuführung und Entfernung von der Arbeitsstätte. Und es steht außer Zweifel, daß Taylor — mehr noch sein Mitarbeiter Gilbreth — in dieser Richtung wichtige Anregungen und Beispiele gegeben hat. Soweit diese vernunftgemäßen Anordnungen zur Steigerung der **Produktivität** in Betracht kommen, ist auch mit einem gewissen Recht von einer wissenschaftlichen Methode zu sprechen.

Mit welchem Recht aber spricht Taylor noch von Wissenschaftlichkeit, wenn es sich um die von ihm in beispielloser Weise betriebene Steigerung der **Intensität** der Arbeit handelt? Zwar stellt Taylor die Behauptung auf, daß die sogenannten Bewegungsstudien mit der Stoppuhr „wissenschaftliche“ Studien seien. In der vorliegenden Analyse wird jedoch nachgewiesen, daß allen diesen angeblichen Bewegungsstudien nur die Absicht zugrunde liegt, den Arbeiter bei seiner allerintensivsten und angespanntesten Arbeit zu erwischen und dieses übersteigerte Arbeitspensum alsdann als Norm festzuhalten. Wie aber erreicht es Taylor, daß diese Höchstleistungen überhaupt regelmäßig erreicht werden können? Durch eine besonders raffinierte Kombination: das **Pensum** und die **Prämie**. Dabei stellt sich heraus, daß nur derjenige den normalen Lohn erhält, der diese Höchstleistung (= Pensum) erreicht, bei Herstellung einer geringeren Menge erhält der Arbeiter jedoch nicht den festgesetzten Akkordlohn, sondern einen ganz wesentlich reduzierten Akkordsatz. Der Arbeiter erhält die Prämie nur dann, wenn er das festgesetzte Tagesquantum **voll und ganz** erreicht. Taylor selbst formuliert die Regeln seines Differentiallohnsystems dahin: Hoher Lohn für die Ausführung des Pensums, Einbuße an Lohn für Minderleistung. Nach ihm müssen die Akkordlöhne so bemessen sein, daß **nur ein erstklassiger Arbeiter bei angestrengtester Arbeit um 30 bis 100 Prozent mehr verdient, als der Normallohn beträgt**. Wie er auf diese ausgerechnet 30 bis 100 Prozent kommt, das hat er allerdings an keiner Stelle verraten. Zwar behauptet er, daß bei ihm jede Willkür ausgeschlossen, alles in exakter, wissenschaftlicher und rationeller Weise berechnet und festgestellt sei. Er selbst schlägt aber dieser Behauptung durch seine eigene Gesprächigkeit ins Gesicht. An einer anderen Stelle kommt er nämlich zu der Erkenntnis, daß die Grenze der Prämie 60 Prozent des Grundlohnes sei. Warum nun gerade 60 Prozent? Nun — weil man bei Beobachtungen festgestellt habe,

„daß solche Arbeiter, denen man ein sorgfältig abgemessenes, wenn auch gut berechnetes Tagespensum zuteilt und für die Extraanstrengung den normalen Lohn um 60 Prozent erhöht, nicht nur häuslicherisch, sondern auch in jeder Beziehung wertvoller für die menschliche Gesellschaft werden: sie leben viel besser, fangen an, zu sparen, werden nüchtern und arbeiten regelmäßiger. Wenn ihr Lohn aber über 60 Prozent erhöht wird, so arbeiten sie vielfach unregelmäßig, neigen mehr oder minder zur Unzuverlässigkeit, Verschwendung und Vergnügensucht. Unsere Untersuchungen zeigten mit anderen Worten, daß es für die meisten kein Glück ist, zu schnell reich zu werden.“

Damit aber wären wir bereits mitten in der Mystik angelangt, denn mit Wissenschaftlichkeit hat ein solch vager Maßstab von dem Unglück des zu raschen Reichwerdens just gerade beim Arbeiter wohl nichts mehr zu tun. Warum aber gerade dieses „zu rasche Reichwerden“ für den sich zu Tode

schuftenden Arbeitsmenschen ein Unglück sein soll, während der Nutznießer dieser Schufsterei, der sich noch viel rascher und mühelos bereichernde Unternehmer von diesem Unglück verschont bleibt, das ist das Geheimnis des Herrn Taylor.

Wenn es aber wirklich so wäre, wie Taylor behauptet, daß der Arbeiter vom technischen Büro auf seiner Arbeitskarte alle die Anweisungen erhält, die die Erhöhung der Anzahl der produzierten Gegenstände bewirken, so wäre die von einem Ingenieur in der Gesellschaft der amerikanischen Ingenieure gestellte Frage nur zu berechtigt: Wofür man denn dem Arbeiter dann noch eine Prämie bezahle, wenn er lediglich die ihm gegebenen Unterweisungen ausgeführt und die erwarteten Ergebnisse erzielt hat, die er danach doch lediglich einer Arbeitserleichterung durch das Arbeitsbüro zu verdanken hätte?

Wie wenig gerade die Vornahme von Arbeitsmessungen mit der Stoppuhr irgend etwas mit Wissenschaftlichkeit zu tun hat, das wurde von der unter Leitung von Professor Hoxie arbeitenden amerikanischen parlamentarischen Untersuchungskommission in der schärfsten Weise zum Ausdruck gebracht. Zwar hatte vorher Taylor in einem Memorandum an diese Kommission die apodiktische Behauptung aufgestellt, über das Pensum und seinen Umfang dürfe man nicht streiten, ebensowenig wie man über den Ort und die Zeit des Sonnenaufgangs resp. -unterganges streiten dürfe. Prof. Hoxie ließ sich dadurch aber so wenig imponieren, daß er gegenüber dieser Annahme zu dem Schlusse kommt, daß in der Praxis der Zeitstudien „ein wahrer Wettkampf von Willkür, verbunden mit allen Spielarten der Unzucht und Ungerechtigkeit, die aus der menschlichen Unkenntnis und aus den menschlichen Vorurteilen entspringen,“ stattfände. Damit dürfte das wissenschaftliche Mäntelchen endgültig weggerissen sein von der Seite des Taylorsystems, die sich auch da noch als wissenschaftliche Methode ausgibt, wo sie nichts anderes tut, als eine Intensivierung der Energieausgabe des Arbeiters auf Kosten seiner Gesundheit und Lebensdauer vorzunehmen. Das mag für den einzelnen Unternehmer immer noch „rationell“ bleiben, aber der Arbeiter muß sich dagegen schon aus Gründen der Selbsterhaltung wehren und die Allgemeinheit darf nimmermehr zulassen, daß mit dem wichtigsten Bestandteil des Volksreichtums eine solch verbrecherische Verschwendung getrieben wird.

Darum ist es auch kein Zufall, wenn Taylor und die Tayloristen den Arbeiterorganisationen entschieden feindlich gegenüberstehen; wollen sie doch den einzelnen Arbeiter individuell behandelt und beeinflusst wissen, ebenso wie sie sich bewußt sind, daß bei strenger Durchführung der negativen Seite des Taylorsystems (Intensität) der Arbeiter des Arbeiters Feind wird. Die Verfassung der fortgeschrittenen Staaten erkennt aber die Organisation der Arbeitnehmer schon aus wohlwollenden Gründen des Allgemeininteresses ausdrücklich an.

Das schließt freilich nicht aus, daß es eine ernste und sehr wertvolle Erforschung der menschlichen Arbeitsleistung gibt. Eine Forschung, an der bedeutende Wissenschaftler in allen Ländern gearbeitet haben und die im wesentlichen in einem exakten Studium der Arbeitsermüdung und Übermüdung, des Verhältnisses von Arbeit und Erholung und der Wirkung dieser Arbeitsorganisation auf den Arbeitserfolg besteht. In einem besonderen

Anhang zu dem vorliegenden Werk sind gerade die Fakten und Ergebnisse dieser verhältnismäßig jungen Wissenschaft eingehend dargelegt. Von all dem will natürlich Taylor nichts wissen, trotz seiner steten Betonung der Wissenschaftlichkeit seiner Methoden. Vor wahrer, ernster Wissenschaft, deren Ergebnisse ihren Methoden unbequem werden könnten, reißt aber die Tayloristen aus.

Das besonders Gefährliche dieser Scheinwissenschaft besteht jedoch darin, daß sie hemmend wirken kann auf eine wirkliche Rationalisierung. Es ist nämlich kürzer und weniger kostspielig, erfordert keine erheblichen Kapitalinvestitionen, wenn man an die Stelle der Steigerung der Produktivität diejenige der Intensität setzt. Die Gefahr dieses Vorgehens ist besonders groß in einem Stadium der Kapitalknappheit, in dem sich die deutsche Wirtschaft zurzeit befindet. Da werden die Unternehmer wenig geneigt sein, eine Rationalisierung in der Weise vorzunehmen, die durch Verbesserung der Arbeitsmethoden und Einrichtungen Kapitalfestlegungen erfordert, die erst in einiger Zeit sich in erhöhtem Arbeitsergebnis ausdrücken. Um so größer wird daher gerade jetzt ihre Neigung sein, das Mehrprodukt durch vermehrte Ausbeutung der Arbeitskraft, wenn nötig mit der Taylorsche Verschleierung der „Wissenschaftlichkeit“ dieses Vorgehens zu erreichen. Darum kommt das Werk Ermanskis zur rechten Stunde und kann den Betriebsräten eine Quelle reicher Erkenntnisse werden.

...

Das Wirtschaftsjahr 1925

F. Petrich (Gera)

II. Kreditfrage und Lage des Geldmarktes

Die Produktion bildet gewiß die Grundlage der Wirtschaft, aber der wirtschaftliche Kreislauf, der beständige Stoffwechsel, die Hervorbringung neuer Wirtschaftskräfte, die Lebendhaltung der vorhandenen ist in außerordentlich hohem Maße bedingt durch die Menge des vorhandenen flüssigen Kapitals, durch den Stand der Kreditfrage. Zu Beginn der Nachkriegsperiode wurde nicht zuletzt von diesem Punkte, in Verbindung mit der Produktions- und Absatzfrage selbstverständlich, die Möglichkeit der weiteren Reproduktion des Kapitalismus angezweifelt. So weit geht man heute nicht mehr. Aber die Tatsache, daß der Geld- und Kreditmangel die gegenwärtige Krise stark beeinflusst, ist geblieben und sie wird noch längere Zeit bleiben. Ursache und Umfang der Kreditnot werden allerdings immer geflissentlich übersehen, woraus dann jene fehlgehende Betrachtung folgt, es sei möglich, die Lage durch diese oder jene Augenblicksmaßnahme zu ändern. Demgegenüber ist zu betonen, daß die Kreditfrage erst in dem Maße gelöst wird, in dem der Prozeß der gesellschaftlichen Kapitalneubildung sich vollzieht.

In dieser Hinsicht sieht es freilich trüb genug aus. Entsprechend dem Wirrwarr in der kapitalistischen Wirtschaft ist die Kapitalneubildung dem Zufall und der Willkür überlassen, gewisse Gesetzmäßigkeiten bilden sich erst auf großen, verlustbringenden Umwegen, in größeren Zeitabständen heraus. Es ist auf dem Markt des Geldes wie auf den Märkten anderer Waren: die Willkür bestimmter Kapitalistengruppen spielt eine immer verhängnisvollere Rolle. Das Übergewicht des Bank-(Finanz)kapitals ist in der Inflations-

periode begründet worden, hat in der Stabilisierungszeit weitere Stärkung erfahren und ist heute kaum noch bestritten. Die Vorherrschaft der Banken zeigte sich, als die Umstellung der Industrie auf Goldrechnung vorgenommen wurde. Die Einzelaktionäre wurden planmäßig enteignet, ein Vorgang, der eine interessante Ergänzung bildet zu der Enteignung des Mittelstandes und der Vermögensumschichtung während des letzten Jahrzehnts überhaupt. Der sichtbare Triumph des Bankkapitals setzte aber besonders in dem Augenblick ein, als mit dem Stinneskonzern die Krise der großen Sachwert- und Finanzkonzerne begann: Die letzten Regungen des Industriekapitals, sich vom Bankkapital unabhängig zu machen, wurden rücksichtslos zerschlagen. Stinnes verfiel der Atomisierung, andere Großkonzerne und Großfirmen gingen den gleichen Weg. Das Finanzkapital ist Herrscher auf der ganzen Linie. Hinter der Preisdiktatur der Industrie steht die Zinsdiktatur. Beide zusammen verschleppen und verewigen die Krise. Weder das Bankkapital will eine Einschränkung des Profits und eine Verbreiterung der Kapitalbildungsbasis, noch das Industriekapital, Lausgeier der Wirtschaft sind beide.

Die Geld- und Kreditnot ist eine nackte Tatsache. Um so notwendiger ist es, daß das Gruppeninteresse einer kleinen Kapitalistenschicht, das sich verheerend auswirkt, zurückgedrängt und schließlich ganz ausgeschaltet wird. Das volkswirtschaftliche und gesellschaftliche Gesamtinteresse gebietet, daß der gesamte Geld- und Kreditmarkt alsbald den privaten Machtvollkommenheiten einiger Weniger entzogen und unter den Einfluß der Gesamtheit gebracht wird. Mit der Reichsbank, der Rentenbank, der Goldkreditbank, den Girozentralen und Sparsassen ist ein bedeutsamer Anfang gemacht. Es handelt sich zunächst um die zentrale Zusammenfassung dieser Einrichtungen, ihre planmäßige Gestaltung, der die Angliederung der noch im Privatbesitz befindlichen Finanz- und Kreditinstitute folgen muß. Bleibt diese Aufgabe fern:hin ungelöst, so ist, da Industrie und Landwirtschaft noch jahrelang nach Krediten dürsten werden, mit einem langen Krisenzustand zu rechnen. Ausländische Kredite können nur zeitweilig und in beschränktem Maße helfen. Dauernde Hilfe kann nur kommen, wenn die Finanzkräfte der eigenen Wirtschaft dem Profitinteresse genommen und planvoll entwickelt werden.

III. Die Börse

Der Tiefstand der Börse, die Krankheit der Aktienkurse während des ganzen verfloffenen Jahres ist nur eine notwendige Folge der großkapitalistischen Wirtschafts- und Geldpolitik. Der Druck von oben gegen die Klein- und Einzelaktionäre mußte sich allgemein auswirken. Die schon zu Beginn des Jahres einsetzende Krise der Konzerne tat ein übriges zur anhaltenden Lähmung der Börse. Mit der zunehmenden Geldknappheit verschärfte sich der Zwang, Effekten zu verkaufen. Angesichts der Unsicherheit der deutschen Wirtschaftslage verhielt sich das Ausland völlig reserviert. Andererseits war es die Dividendenpolitik der Großunternehmungen, die nicht den mindesten Anreiz zum Börsengeschäft aufkommen ließ. Es kann gar keinem Zweifel unterliegen, daß in der Dividendenlosigkeit der meisten Unternehmungen System liegt: die Minderheiten unter den Aktionären gehen leer aus, die Mehrheit hingegen, die oft mit der Führung des Unternehmens versippt und verschwägert ist, treibt Thesaurierungspolitik. Hier findet der Feldzug der großen und

größten Kapitalisten gegen die kleinen seine Fortsetzung und die Marxsche These von dem Untergang des Kleinbetriebes findet, wenn auch in anderer Form, so doch in weitaus größerem Maßstabe ihre glänzendste Bestätigung insofern, als die gesamte Klasse des Mittelstandes durch Krieg, Inflation und eine bewußte Aktienpolitik enteignet wird. Dividendenlosigkeit bedeutet also keineswegs Unrentabilität. Man braucht daraufhin nur die Bilanzen der Großunternehmungen der Montanindustrie zu betrachten. Wir nennen nur: Hösch-Köln-Neuessen, Gutehoffnungshütte, Phönix. Überall die gleiche Tendenz: Rückstellungen, Reservenansammlung. Freilich ist eine große Zahl von Betrieben unrentabel und damit zur Dividendenlosigkeit verurteilt, die Grundtendenz scheint uns jedoch in der absichtlichen Thesaurierungspolitik der Großunternehmungen und Konzerne zu liegen.

All diese Momente haben dahin geführt, daß im abgelautenen Jahr die Aktienurse anhaltend sanken. Nach dem Aktienindex des „Berliner Tageblattes“, der bestätigt wird durch die Errechnungen anderer Stellen, vollzog sich folgender Niedergang:

Datum	Aktienindex	Abweichung gegen die Vorwoche
7. Januar	100,0	—
4. Novemb.	61,6	— 3,4 %
11. „	60,6	— 1,6 „
17. „	58,3	— 3,8 „
25. „	56,1	— 3,8 „

Datum	Aktienindex	Abweichung gegen die Vorwoche
2. Dezember	57,8	+ 3,1 %
9. „	57,1	— 1,2 „
16. „	58,1	+ 1,8 „
22. „	56,6	— 2,5 „
30. „	57,5	+ 1,5 „

Nach Gruppen spezialisiert, war der Stand am Jahreschluß dieser:

7. Januar 1925 = 100

Gruppe	Zahl d. Aktien	Aktiengruppe	22.12.	30.12.
1	9	Kohlenaktien	54,6	55,3
2	18	Eisenaktien	39,4	39,5
3	13	Metallaktien	41,9	44,2
4	18	Wach.aktien	57,6	38,4
5	10	Eisenb.aktien	79,4	81,4
6	10	Schiff.aktien	61,7	64,9

Gruppe	Zahl d. Aktien	Aktiengruppe	22.12.	30.12.
7	14	Elektroaktien	53,8	51,0
8	15	Chem. Aktien	55,6	57,4
9	18	Textilaktien	53,0	54,1
10	8	Brauereiakt.	80,8	81,0
11	16	Banaktien	92,5	91,6
12	8	Teirainaktien	48,9	47,7
	157	Totalindex	56,6	57,5

Von ganz geringen Unterbrechungen abgesehen, ist ein anhaltendes Sinken zu verzeichnen. Auffallend ist der Tiefstand der Eisen-, Metall-, Maschinen- und Elektroaktien. Diese Erscheinung dürfte mit der Betriebsgröße in diesen Industrien und dem Grad der Konzentration in einem inneren Zusammenhange stehen. Für das neue Jahr wird die Fortsetzung der bisherigen Aktienpolitik in Aussicht gestellt. Die Industrie scheint so für ihr Teil den Nachweis erbringen zu wollen, daß eigentlich die Effektenbörse eine überlebte Einrichtung geworden, die hinfällig ist.

IV. Wirtschaft und Steuern

Die „Unrentabilität“ der Wirtschaft hat nach den bewegten Klagen der Unternehmer neben den „hohen“ Löhnen und Soziallasten ihre Ursache in dem Zubiel an Steuern, das gegenwärtig erhoben wird. Wir haben durchaus

nicht die Absicht, uns zu Verteidigern einer Finanzpolitik aufzuwerfen, die in der Republik noch genau so schematisch und stupid betrieben wird, wie im früheren Kaiserreich. Deshalb führte sie zuerst rettungslos in das Chaos der Inflation, um nach deren Überwindung das andere Extrem, die überreichliche Eintreibung von Steuern zu verfolgen. Das eine wie das andere ist falsch.

Hier soll zu der Frage nur kurz einiges Grundsätzliche gesagt werden: Der Staatshaushalt muß nach den bitteren Erfahrungen der Inflationszeit unter allen Umständen in Ordnung sein, die Währung muß eine gesicherte Grundlage haben. Das ist erreicht, soweit es gegenwärtig überhaupt möglich ist. Diese Grenze zu überschreiten, das heißt mehr an Steuern einzutreiben, als der Staatshaushalt wirklich erfordert, ist verfehlt. Es ist in der Tat, in welcher Staats- oder Wirtschaftsordnung es geschieht, wirtschaftsschädigend. Das ist festzustellen, ganz abgesehen davon, wie auch die Lasten verteilt sind. Betrachtet man unter diesem Gesichtspunkte die Etats von 1924, 1925 und den Voranschlag für 1926, so tritt unverkennbar die Tendenz hervor, Überschüsse, Rücklagen zu erzielen; es werden Betriebsmittel- und Reparationsfonds gebildet, von denen selbst das Reichsfinanzministerium noch nicht weiß, wie sie einmal Verwendung finden sollen.

Eine solche Finanzpolitik ist rein fiskalisch orientiert und sie schießt weit übers Ziel. Selbst wenn wir die Erfassung der Sachwerte erreicht haben sollten, müßte vermieden werden, daß die Wirtschaft durch die Abgaben für den Staat Schaden leidet. Eine andere Frage ist, welche Gesellschaftsgruppe das Zubiel an Steuern aufbringt. Bisher war es in weit überwiegendem Maße die breite Masse der arbeitenden und konsumierenden Bevölkerung, die in Gestalt von Lohnsteuern und Verbrauchssteuern (zu denen neuerdings noch die Zölle treten) den Hauptteil der Staatseinnahmen aufbrachte. An dieser Stelle wird deshalb auch der Steuerabbau eintreten müssen. Es liegt klar auf der Hand, daß damit nicht nur den Minderbemittelten sozial geholfen wird, sondern die Volkswirtschaft erfährt auch, indem die Kaufkraft des inneren Marktes gehoben wird, eine wesentliche Erleichterung.

V. Preise und Löhne

Wollte man den sophistischen Ausführungen der Programmschrift des Reichsverbandes Glauben schenken, so müßte man annehmen, die Unternehmer strebten jetzt endlich einer Erhöhung des Reallohnes zu. Aber das ist nur Manöver. Tatsächlich sind die Löhne seit dem Ausbruch der akuten Wirtschaftskrise nicht weiter gestiegen, während die Preise ihre alte Höhe behaupten, und die weitere Absicht der Unternehmer geht unzweifelhaft dahin, die Krise zu einem Lohnabbau zu benutzen. Da muß schon nachdrücklich auf den unverändert hohen Stand der Preise verwiesen werden. Der Großhandelsindex der „Frankfurter Ztg.“ zeigt im Jahre 1925 umstehende Entwicklung.

Wir sehen, daß sich der Gesamtindex lediglich um vier Punkte nach unten entwickelte. Ein ähnliches Ergebnis brachte der Großhandelsindex des „Berliner Tageblattes“. Diese Feststellung ist nicht nur wichtig unter dem Gesichtspunkt der Preisgestaltung, sondern sie ist auch wichtig zur Charakteristik der Wirtschafts- und Preispolitik der Unternehmer während des Verlaufs einer Krise von fast beispielloser Schärfe.

Juli 1914 = 100	Gruppe I Lebens- und Genußgutt. u. ähnliches	Gruppe II Textilien, Ledern usw.	Gruppe III Minera- lien	Gruppe IV Ver- schiedenes	Gruppe V Industrielle Endprodukt.	Gesamt- index für 100 Waren
29. Januar	148,01	187,12	141,26	130,21	141,87	147,14
28. Februar	146,97	185,52	138,62	130,01	142,12	146,31
29. März	139,69	186,22	138,91	129,50	142,00	144,30
29. April	136,32	181,01	135,53	128,65	143,79	142,38
26. Mai	136,08	177,45	134,01	128,34	140,11	140,62
29. Juni	142,29	179,58	133,03	126,92	141,95	142,63
30. Juli	140,01	184,70	134,52	129,20	141,89	143,31
31. August	140,36	185,00	138,09	129,60	142,25	144,25
30. September	140,53	185,63	136,51	130,91	142,27	144,47
30. Oktober	137,91	183,73	138,50	131,32	143,10	143,98
30. November	140,45	180,89	136,85	132,76	142,37	144,12
30. Dezember	140,20	176,12	136,07	132,89	141,07	143,01

Daß aber außerdem die alte Spanne zwischen den Nominallöhnen und den Lebenshaltungskosten bis zum Jahresende geblieben ist, kann aus den vorliegenden amtlichen Zahlen ersehen werden:

Entwicklung der Löhne

1925	Ergebnis der Lohnsteuer	Tarifmäßiger gelernter Arbeiter	Wochenlohn ungelernter Arbeiter
Januar	126,1 Mil. RM	88,10	28,78
März	127,0 " "	88,79	29,98
Mai	136,9 " "	41,79	31,25
Juli	119,2 " "	43,35	32,40
September	120,4 " "	44,34	33,12
November	118,1 " "	45,96	34,00

Reichsindex der Lebenshaltungskosten

1925 Monat	1918=100	Bewegung gegen Vormonat	1925 Monat	1918=100	Bewegung gegen Vormonat
Januar	134,4	—	Juli	143,3	+ 3,6 %
Februar	135,6	+ 0,9 %	August	145,0	+ 1,2 %
März	136,0	+ 0,3 %	September	144,9	— 0,1 %
April	136,7	+ 0,5 %	Oktober	143,5	— 1,0 %
Mai	135,5	— 0,9 %	November	141,4	— 1,5 %
Juni	138,3	+ 2,1 %	Dezember	141,2	— 0,1 %

Zieht man von Januar bis Dezember 1925 einen objektiven Vergleich zwischen Löhnen und Lebenshaltungskosten, so ergibt sich, daß der Abstand derselbe geblieben ist. Die Reallöhne sind also nicht gestiegen. Will der Reichsverband sein gegebenes Versprechen, den Reallohn zu steigern, wahr machen, so muß er entweder die Preise senken oder er muß die Nominallöhne erhöhen. Wir sind gespannt, wann der Anfang damit gemacht wird.

Die Verschiebung der industriellen Produktion

Julian Borchardt (Berlin)

I.

Die tiefer Denkenden unter den bürgerlichen Ökonomen werden schwer durch die Tatsache geängstigt, daß den alten kapitalistischen Kulturstaaten langsam aber sicher eine Konkurrenz durch die entstehende Eigenproduktion der agrarischen und kolonialen Länder in fernen Erdteilen erwächst. Wie weit das bereits geht, lehrt ein Artikel der „Deutschen Bergwerkszeitung“ vom 29. November 1925, der über „eine zunehmende Einfuhr indischen Roheisens nach Deutschland“ klagt. Wörtlich heißt es da:

„Das Eisen ist sehr billig und von guter Qualität. Die indischen Werke haben niedrige Selbstkosten, können mit billigen Frachten rechnen und werden staatlich subventioniert. Auf diese Weise ist die Einfuhr nach Deutschland trotz des Roheisenzolls von 10 Mk. möglich.“

Dies sei nur ein Einzelfall einer allgemeinen Entwicklung, in welcher einer der Hauptgründe der gegenwärtigen wirtschaftlichen Not nicht nur Deutschlands, sondern ganz Europas zu erblicken sei:

„Nachdem die verschiedenen Länder in der Kriegszeit mit der Schaffung sogenannter nationaler Industrien begonnen haben, setzen sich diese Bestrebungen heute in verstärktem Maße fort. Überall in der Welt sehen wir neue Rohstoffindustrien entstehen. Man baut Hochofenwerke sowie Stahlwerke in Australien, Indien, China, Italien und Rußland. Japan ist bereits dabei, seine weiterverarbeitenden Produktionsstätten in erheblichem Maße auszudehnen.“

Dasselbe Thema behandelt in dem soeben erschienenen Sonderheft der Frankfurter Zeitung „Europas Volkswirtschaft in Wort und Bild“ Professor Bonn. Wir erfahren da zum Beispiel: In Südafrika ist der Bruttowert der eigentlichen Industrieproduktion von 340 Millionen Goldmark im Jahre 1911 auf 1500 Millionen Goldmark im Jahre 1922/23 gestiegen. In Indien ist die Herstellung von Baumwolltuchen von 1164 Millionen Yards 1913/14 auf 1700 Millionen Yards 1923/24 angewachsen. Entsprechend ist die Einfuhr von Tuch zurückgegangen, bei bedrucktem Kattun von 831,8 auf 347,5 Millionen Yards. In China zählte man 1912 932 500 Baumwollspindeln, 1924 waren es 3 300 000. „Die Kriegskonjunktur hat insbesondere in Südamerika eine künstliche Hebung der Industrieproduktion zur Folge gehabt.“ In Argentinien soll sich die Herstellung von Industrieprodukten seit 1913/14 verdoppelt, ja verdreifacht haben. In Chile sind gegen 200 Schuhfabriken entstanden, so daß der Wert der Schuhereinfuhr von 797 000 auf 44 000 Pesos gesunken ist. Die Einfuhr von Zement ist von 147 000 auf 34 000 Tonnen gefallen. Die gesamte Industrieproduktion hat sich verfünffacht. Brasilien hatte 1921 1 500 000 Baumwollspindeln gegen 760 000 im Jahre 1910. Die Gesamtzahl aller Fabriken ist in dem gleichen Zeitraum von 3258 auf 13 336 gestiegen.

All das sind nur einige auf gut Glück herausgegriffene Beispiele. Neuerdings ist jedoch ein Versuch gemacht worden, den Vorgang in seinem ganzen Umfang zahlenmäßig zu erfassen. Im „Weltwirtschaftlichen Archiv“* schreibt Dr. Adolf Löwe über die „Strukturveränderungen der Weltwirtschaft“ und

hat zunächst die „Veränderungen der Grundstoffproduktion“ zu errechnen unternommen. Es handelt sich um einen ersten Versuch, der als solcher natürlich unter allerlei Unvollkommenheiten leidet, namentlich unter den Mängeln der Statistik. Nicht für alle Länder und nicht für alle Grundstoffe sind ausreichende Angaben vorhanden. Auch ist bisher nur das Jahr 1923 berechnet, da zur Zeit, als Löwe die Arbeit versagte, die Zahlen für 1924 noch nicht vollständig vorlagen. Da die Berechnung regelmäßig fortgesetzt werden soll, so darf man mit Sicherheit erwarten, daß diese Mängel später behoben werden. Schwerer wiegen meines Erachtens andere Irrtümer Löwes, weil sie in seiner Methode liegen, wozu auch gehört, daß er die tropischen Rohstoffe völlig außer Betracht läßt, weil ihre Produktion so sehr an das Klima gebunden sei, daß wesentliche Verschiebungen nicht möglich sind. Doch hiervon sowie von anderen prinzipiellen Einwänden später. Zunächst wollen wir Löwes Resultate kennen lernen.

II.

Was Löwe bezweckt, ist die Feststellung, wie sich die Produktion der Grundstoffe 1923 gegenüber der Vorkriegszeit mengenmäßig verändert hat und wie diese Mengen sich jeweils auf die verschiedenen Kontinente verteilten. Um Menge und Wert zu kombinieren, hat er „die Produktionsmengen der einzelnen Ware zu den beiden Zeitpunkten mit einem Durchschnittspreis aus dem Jahre 1913 vervielfältigt“. (Agrarprodukte mit amerikanischen, industrielle Grundstoffe mit deutschen Preisen.) Seine Zahlen bedeuten also Milliarden Mark nach den Preisen von 1913.

Die von Löwe in die Berechnung einbezogenen Grundstoffe sind: Weizen, Roggen, Gerste, Hafer, Kartoffeln; Kohle, Petroleum; Roheisen, Kupfer, Blei, Zink; Wolle, Baumwolle, Rohseide. Er gliedert sie in vier Gruppen: 1. Agrarprodukte, 2. Betriebsstoffe (Kohle, Petroleum), 3. Metalle, 4. Textilien. Für die Vorkriegszeit ist fast überall der Jahresdurchschnitt 1909/13 berechnet, nur bei Kupfer, Blei und Zink steht statt dessen der Jahresdurchschnitt 1911/13.* Die Totalsumme all dieser Produktionen betrug:

1913: 75,4 Milliarden Mark, 1923: 73,6 Milliarden Mark.

Danach könnte es scheinen, als hätte die gesamte Weltproduktion 1923 annähernd die Höhe von 1913 wieder erreicht gehabt. Ein solcher Schluß wäre jedoch voreilig. Denn abgesehen davon, daß ja eine ganze Reihe Grundstoffe in der Rechnung fehlen (außer den tropischen Rohstoffen nennt Löwe Fleisch, Fette, Häute, Holz als solche, bei denen die Statistik versagt) — abgesehen hiervon, weisen die einzelnen Stoffe große Unterschiede auf, die vorerst betrachtet werden müssen, ehe man allgemeine Schlüsse ziehen darf.

Da sind zunächst die beiden großen Hauptabteilungen: industrielle Stoffe und agrarische Stoffe. Sie haben sich in gerade entgegengesetztem Sinn entwickelt. Es belief sich nämlich die Produktion der

	agrarischen	industriellen Stoffe
1913 auf	38,8	36,6 Milliarden Mark
1923 =	31,7	41,9

* Um unnötiges Schreibwerk zu vermeiden, werde ich im folgenden für die Vorkriegszeit stets das Jahr 1913 angeben. Der Leser weiß also, daß jeweils der Durchschnitt der oben genannten Jahre gemeint ist.

Demnach war die agrarische Produktion 1923 um 18,3 Prozent geringer als 1913, während die industrielle Produktion um 14,5 Prozent gestiegen war. Die Abnahme der agrarischen Produktion will aber für ein einzelnes Jahr nichts besagen, weil sie in starkem Maße von Naturbedingungen abhängig ist. Bekanntlich war die Welsternte an Weizen und Roggen 1924 etwas kleiner, 1925 aber viel größer als 1923. Schon der Durchschnitt dieser drei Jahre würde ein ganz anderes Bild ergeben als das einzelne Jahr 1923. Außerdem wird gerade beim Getreide der Preis so stark von der jeweiligen Ernte beeinflusst, daß es fraglich erscheint, wie weit Löwés Berechnungsmethode hier anwendbar ist. Er multipliziert die Anzahl der geernteten Tonnen mit dem Durchschnittspreis pro Tonne. Aber je größer die Anzahl, desto kleiner der Preis. Die einzelnen Agrarprodukte haben wie folgt abgenommen:

	1913	1923		1913	1923	
Weizen . . .	14,5	13,4	Milliarden Mark	Hafer . . .	7,1	6,0
Roggen . . .	4,7	2,4	"	Kartoffeln . . .	8,0	6,4
Gerste . . .	4,5	3,5	"			"

Von der Gesamtmenge der Agrarprodukte entfielen auf die verschiedenen Erdteile:

	1913		1923	
	Milliarden Mark		Milliarden Mark	
Europa	21,3	= 67,1 Prozent	17,2	= 54,8 Prozent
Amerika	8,2	= 21,8 "	10,9	= 34,4 "
Asien	3,2	= 8,1 "	2,3	= 7,4 "
Afrika	0,7	= 0,8 "	0,8	= 2,3 "
Australien	0,4	= 1,2 "	0,5	= 1,6 "
Zusammen	33,8	100 Prozent	31,7	100 Prozent

Außer Europa hat also auch Asien viel verloren, sowohl absolut wie prozentual, während allein Amerika seine Produktion vergrößert hat. So verstärken diese Zahlen (falls es auch in den folgenden Jahren dabei bleibt) den Nachweis, daß innerhalb der kapitalistischen Welt der Vortrang von Europa auf Amerika übergeht.

Nun zu den industriellen Grundstoffen. Diese teilt Löwe abermals in drei Gruppen: Betriebsstoffe, Metalle, Textilien. Diese haben nun nicht etwa (wie man nach ihrer Summe auf den ersten Blick glauben möchte) sämtlich zugenommen; dies gilt vielmehr nur für Betriebsstoffe und Metalle, Textilien dagegen sind vermindert:

	Weltproduktion der Industriestoffe		
	Betriebsstoffe	Metalle	Textilien
1913	16,4	7,6	12,6
1923	22,6	8,5	10,8

Und wenn man sich jede dieser Gruppen näher ansieht, zeigen sich weitere bedeutsame Unterschiede.

a) **Betriebsstoffe.** Die Kohlenproduktion ist gewachsen von 13,9 auf 15,6 Milliarden Mark, das heißt um 12,2 Prozent, Petroleum dagegen von 2,3 auf 7 Milliarden Mark oder um 204 Prozent. Der auf den ersten Blick so enorme Zuwachs der Betriebsstoffe (von 16,4 auf 22,6 Milliarden Mark, oder um zirka 38 Prozent) entfällt also fast ganz und gar auf das Petroleum. Nun ist es mit dem Petroleum eine eigene Sache. Soweit sich aus dem gegenwärtigen Stand der Dinge urteilen läßt, ist es eine vorübergehende Er-

scheinung.* Gewiß wird es auf mindestens 30 Jahre hinaus eine große Rolle als Triebkraft spielen und niemand weiß, was sich bis dahin ereignen kann. Aber selbstverständlich wirtschaften die Menschen nach ihrer heutigen Einsicht. Und da sie gegenwärtig das Petroleum als kurzlebig ansehen müssen, mehr noch, da jede einzelne Quelle ungemein rasch an Ergiebigkeit abnimmt und folglich sehr schnell ausgebeutet werden muß, wenn sich die riesigen Anlagekosten rentieren sollen, so erklärt sich hieraus zur Genüge, daß gerade jetzt die Petroleumproduktion äußerst schnell wächst, ohne daß dies für den allgemeinen Stand der Weltproduktion viel besagen will.

b) Metalle. Auch hier ein ganz ähnliches Bild. Gewachsen ist nur die Produktion von Kupfer, während die von Blei, Zink und namentlich von dem wichtigen Roheisen 1923 sogar noch etwas tiefer stand als 1913. Folgendes sind die Zahlen:

Weltproduktion an Metallen

	Kupfer	Blei	Zink	Roheisen	
1913	1,604	0,474	0,440	5,118	Milliarden Mark
1923	2,619	0,450	0,420	4,976	"

Nun ist Kupfer allerdings nicht eine solche „Modesache“ (wenn der Ausdruck erlaubt ist) wie Petroleum. Aber es läßt sich doch nicht verkennen, daß die starke Zunahme seiner Verwendung vornehmlich auf dem außergewöhnlich raschen Aufschwung der elektrischen Industrie beruht, also ebenfalls auf einem Vorgang, von dem man nicht wissen kann, von dem es sogar zweifelhaft ist, ob er in diesem Tempo andauern wird. Nach dem gegenwärtigen Stand unserer Einsicht müssen wir jedenfalls auch das starke Wachstum der Kupferproduktion, wenigstens vorläufig, als eine vorübergehende Erscheinung ansehen. Damit entfällt die Zunahme der Metallproduktion überhaupt.

c) Textilien. Hier zeigt die Rohseide eine geringe Zunahme, von 1655 auf 1861 Millionen Mark. Aber die spielt ja in der Weltproduktion eine so nebensächliche Rolle, daß man sich fragt, ob es richtig war, sie überhaupt in die Tabellen mit aufzunehmen. Es geschah wohl nur, weil die Statistik zufällig ihre Zahlen liefert. Die wichtigen Textilstoffe, Wolle und Baumwolle, sind stark vermindert, Wolle von 5,4 auf 4,5, Baumwolle von 5,5 auf 4,5 Milliarden Mark. Anfangs schien es, als ob Löwes Resultate ein sehr günstiges Bild vom Wiederaufbau der kapitalistischen Wirtschaft gäben, indem das Jahr 1923 — das bekanntlich ein Jahr besonders großer Erschütterungen war — schon annähernd wieder die Produktionshöhe von 1913 aufwies. Die Zerlegung der Zahlen zeigt, daß sich die großen Fortschritte auf Petroleum und Kupfer beschränkten. Bleibt noch die kontinentale Verschiebung der industriellen Grundstoffe zu betrachten. Darüber geben folgende Zahlen Auskunft:

Gesamtmenge der industriellen Grundstoffe

	1913		1923	
	Milliarden Mark	Prozent	Milliarden Mark	Prozent
Europa . . .	18,5 = 87,0		11,7 = 27,9	
Amerika . . .	16,6 = 45,4	"	28,5 = 56,1	"
Asien . . .	3,8 = 10,3	"	4,4 = 10,4	"
Afrika . . .	0,9 = 2,3	"	0,9 = 2,2	"
Australien . .	1,8 = 5,0	"	1,4 = 3,4	"
Zusammen	86,6	100 Prozent	41,9	100 Prozent

* Vergl. meinen Artikel „Weltinteressen des Petroleums“, Betriebsräte-Zeitschrift, 1924, Nr. 6 und 7.

Noch stärker als bei den Agrarprodukten fällt hier der Rückgang Europas und das Vordringen Amerikas ins Auge. Aber was besagen all diese Zahlen für das weit wichtigere Problem des Rückgangs der kapitalistischen Welt überhaupt gegenüber ihren bisherigen Absatzgebieten in den Kolonialländern?

Es ist leicht zu erkennen, daß sie hierüber nichts besagen, und damit kommen wir zu den grundsätzlichen Bedenken gegen Löwes Methode.

:::

:::

:::

Die wirtschaftliche Entwicklung des amerikanischen Imperialismus

Bernhard Faust (Frankfurt a. M.)

Die wirtschaftliche Entwicklung der Vereinigten Staaten von Nordamerika zeigte schon in friedlichen, normal-kapitalistischen Perioden das Ausmaß und die Festigkeit eines den kontinentalen Wirtschaftskomplexen unbekanntem wirtschaftlichen Tempos, einer rücksichtslosen Energie und tropischen Wachstumsfähigkeit, die durch die wirtschaftsgeographische Einheit des Landes und sein politisches Glück nur noch fördernd erhöht wurden, begünstigt auch wurden durch das persönliche Element im amerikanischen Wirtschaftsleben, durch einen bis in seine äußersten Konsequenzen entwickelten christlich-kapitalistischen Geist. Es waren die lebensfähigsten Elemente, die einst aus politischer und religiöser Überzeugung und der unerträglichsten sozialen Unterdrückung ihre alte europäische Heimat verließen und die unendliche Weite und Freiheit des amerikanischen Kontinents aufsuchten, es war der Geist jenes daseinsgläubigen, bürgerlich-revolutionären Mittelstandes, der dem amerikanischen Wirtschaftsleben unverkennbare Züge vererbt hatte. Der liberale englische Händler mit seiner puritanischen Wirtschaftlichkeit, der gründliche deutsche Bauer mit seiner Sehnsucht nach eigenem Besitz und seiner Liebe um Haus, Hof und Garten, der leidenschaftserfüllte, hochqualifizierte französische Emigrant, der seine gewerblichen Industrien in seiner neuen Heimat einbürgerte, sind die wirtschaftlichen Gründer und geschichtlichen Helden der „nordamerikanischen Freistaaten, von denen überzeugendere Denkmäler erinnern und zu berichten vermögen, als die nationalen Geschmackslosigkeiten der „alten Welt“ ihrem kult- und bewunderungsjüchtigen Untertan.

Aber auch die zäheste Askese und der äußerste Fleiß wären erfolglos geblieben, wenn der Boden des Landes nicht die Ergiebigkeit und den Reichtum aufzuweisen gehabt hätte, ein Klima und eine natürliche Bewässerung, die weite Flußgebiete längs der pazifischen Küste zu fruchtbaren Gärten verwandelte, nicht die Ausdauer und Entschlossenheit dieser Wirtschafts- und Kulturpioniere angespornt und begünstigt haben würde. Der Waldreichtum und die mineralische Ergiebigkeit des Erdinnern aber wurden die natürlichen Ausgangspunkte der industriellen Entwicklung. Aus der Verschiedenartigkeit dieses natürlichen Reichtums allein und der politischen Einheit des Landes erklärt sich die wirtschaftliche Tatsache, daß die Vereinigten Staaten von Nordamerika Agrar- wie Industrieland zu nennen, noch zu nennen sind.

Denn eine statistische Ermittlung ergab im Jahre 1910 den wachsenden Prozentsatz der städtisch-industriellen Berufe, obwohl noch die ländliche Be-

bölkung, das heißt die auf dem Land Wohnenden, die städtische Bevölkerungsdichtigkeit überwog. Es arbeiteten 12,6 Millionen Berufsangehörige in der Landwirtschaft, dem Bergbau gehörten 964 000 Zugehörige an, zu den industriellen Massen zählen 10,6 Millionen Menschen, zum Transportgewerbe wurden 2,6 Millionen gezählt und dem Handel 3,6 Millionen Menschen eingegliedert. Und da sich die Massenwanderungen aus Süd- und Osteuropa zumeist nach den industriellen Zentren bewegen, sind die innenpolitischen Bevölkerungsschwierigkeiten und Besorgnisse verständlich, die die renten- und profitemiezierenden Kreise mit der geringen Fruchtbarkeit des amerikanischen Arbeiters und der anhaltenden Verschlechterung des Einwanderungsmaterials zu beunruhigen beginnen.

Dieser fühlbare Mangel an menschlichen Arbeitskräften besonders bewirkt in den riesenhaften Ausdehnungen der landwirtschaftlich genutzten Fläche der westlichen Agrargebiete die höchste Anwendung und technische Vervollkommnung eines maschinellen Apparates und führte dadurch die extensive Bodenbearbeitung mit arbeit- und handsparenden Maschinen zwecks Massenerzeugung und Massenabsatz herbei. Nach Hermann Levy hat sich innerhalb von fünfzig Jahren der Wert an landwirtschaftlichen Maschinen fünffach vergrößert, während die benutzte Bodensfläche nur verdoppelt wurde. Die steigende Menge der landwirtschaftlichen Produktionswerte ist allein aus der steigenden Anwendung technisierter Betriebsmethoden erklärbar, aus der innigen produktionstechnischen Verflechtung und wirtschaftlichen „Schicksalsgemeinschaft“, wie man etwas überschwenglich sagen könnte, der westlichen Latifundien, der Nahrungsmittelindustrie und der östlichen Industrie- und Stadtgebiete. Die Bewegungen der Ernteziffern im Westen bilden die gesamte wirtschaftliche Disposition für das Wirtschaftsjahr. In den letzten Jahrzehnten hat sich der Ertragswert von Mais, Weizen und Baumwolle gesteigert und ihre Anbaufläche weiterhin vergrößert. Nach einer amerikanischen Statistik betrug die benützte landwirtschaftliche Fläche (in 1000 Acre):

	1901	1914	1920
Mais . . .	91849	103435	104601
Weizen . . .	49895	58541	57192
Baumwolle	25758	38832	39383

Da die landwirtschaftlichen Produktionsmethoden extensiv und auf ausgedehnte Riesensflächen eingestellt sind, ist die Entfernung nach den Verbrauchszentren außerordentlich groß. Nach dem Ausbau des binnenländischen Verkehrsnetzes entstanden deshalb im agrarischen Westen die bekannten Sammel- und Stapelplätze von Chicago, St. Louis, Buffalo und andere, von denen der Massenabsatz nach den inneren und überseeischen Konsumdistrikten organisiert wurde. Der erzieherische und wirtschaftliche Einfluß dieser entstandenen Lagerplätze, der Elevators, ist außerordentlich. Die maschinelle Versand- und Transporttechnik hat jede verzögernde Handarbeit ausgeschaltet, vom landwirtschaftlichen Erzeuger bis zum Käufer ist die Beförderung ausschließlich durch mechanische Transportmittel betätigt worden. Der westliche Farmer aber wird gezwungen, ein einheitliches, marktfähiges und gängiges Getreide zu liefern. Jede kaufmännische Zwischenstation wird ausgeschaltet, jede Lieferungsverzögerung aus spekulativem Interesse durch betriebs- und lagertechnische Vorteile des Lagerhausystems unmöglich ge-

macht. Auch wird die verfügbare Getreidemenge übersichtlicher und ist jederzeit statistisch erfassbar.

In ähnlicher Weise entwickelte sich auch die Viehwirtschaft, und es scheint fast, wie Hermann Levy nachzuweisen versucht, daß der wirtschaftliche Aufschwung der Viehzucht und der an sie eng angeschlossenen Nahrungsmittelindustrien durch die wachsende weltwirtschaftliche Beanspruchung eine steigendere Entwicklungskurve nachweisen würde, als die vegetabilen Erzeugnisse. Diese vielleicht allzu optimistische Annahme, wie der gesamte Reichtum der landwirtschaftlichen Herstellung ist aus einer seiner vorzüglichen statistischen Zusammenstellungen ersichtlich. Nach ihnen betrug (in Millionen Dollar):

	1900	1914	1920
Wert der Ernte . . .	3191	6111	11145
„ „ Viehzucht .	1817	3738	8711

wobei zu berücksichtigen ist, daß die außerordentlich günstige wirtschaftliche Entfaltung der letzten sechs Jahre Amerikas wirtschaftliche Entwicklung durch die europäische Massenzerstörung und -verwüstung zu einer weltwirtschaftlichen Vorzugsstellung begünstigt wurde. Allein, auch ohne die militärisch-traditionellen Heldentaten des „abendländischen Geistes“ eroberte langsam und erfolgreich das amerikanische Fleisch die massenverbrauchenden europäischen Nachfragegebiete. Die amerikanische Schlachthausindustrie ist unübertroffen und war 1914 mit einem Wert von 1,6 Milliarden Dollar der erfolgreichste Zweig des binnenländischen Wirtschaftslebens. An sie schließt sich lokal und finanziell angegliedert eine spezialisierte Verarbeitungsindustrie der Abfallprodukte, schließt sich die Fabrikation von Konservendbüchsen, die Herstellung von Öl, Talg, landwirtschaftlichen Düngemitteln, der Seife, schließen sich Bürstenfabriken und die umfangreiche Industrie der Versand- und Transporttechnik.

Während sich im Westen die extensive Betriebswirtschaft des landwirtschaftlichen Großbetriebes ausbreitete, nehmen nach den ersten, ältesten Kolonisationsdistrikten der östlichen Staaten intensivere Arbeitsmethoden zu, und während der westliche Latifundienbesitzer Agrarexporteur und von binnenwirtschaftlichen Bewegungen relativ unabhängig ist, wurde die Tagesbelieferung der industriellen Bevölkerung „lokaler Märkte“ mit differenzierten landwirtschaftlichen Erzeugnissen in den betriebswirtschaftlichen Vordergrund des östlichen Farmers gestellt und dadurch seine wirtschaftliche Abhängigkeit von der städtischen Kaufkraft verschärft. Seine Erzeugnisse der Viehwirtschaft, der Geflügelzucht, sein Anbau an Gemüse, Bohnen, Spargel und anderen Gärtnereiprodukten, seine Obst- und Beerenplantagen rentieren sich nur dann, wenn die Ernten an Massenbedarfsgütern seines westlichen Nachbarn zufriedenstellend ausgefallen sind und die Krisenmanöver der herrschenden Getreidebörsen nicht unverschämt spekulationswütig werden. Dieser große Bruder im nachbarlichen Westen hat schon einmal unheilvoll in das Dasein des kleineren und gebietsbescheideneren östlichen Farmers verwüstend eingegriffen, als mit der verkehrstechnischen Erschließung des Westens seine Absatzgebiete in den nordöstlichen Industrien von den westlichen Getreidemengen überfüllt wurden und durch die günstigeren agrartechnischen und industriellen Bedingungen seine Marktproduktion konkurrenzunfähig wurde. Von den 30 Prozent seines Anteils an der gesamten Weizen-

ernte im Jahre 1850 sank seine Marktbeteiligung auf nur 5 Prozent im Jahre 1900. Erst überwunden konnte diese Agrarkrise mit der völligen Umstellung der Betriebsgewohnheiten und -methoden werden und durch die Einwanderung einer neuen Berufsgeneration in den letzten Jahrzehnten des vergangenen Jahrhunderts.

Auch die industriellen Organisationen sind trotz ihrer finanziellen und betriebstechnischen Zusammenschlüsse Erschütterungen und uns unbekanntem Krisen von ungeheurer brutalen, sozialen Nachwirkungen „unterworfen“, weil auch die industrielle Betriebsweise technisch und wirtschaftlich auf einheitliche, typisierte Massenbedarfsgüter und auf ihre schnelle Abnutzung im Massenkonsum angewiesen ist. Bei Hermann Levy findet sich eine Zahlenangabe, die innerhalb von zehn Vorkriegsjahren die Wertsteigerung von 80,2 Prozent der industriellen Produkte feststellt. 1914 war nach ihm dazu die mineralische Erzeugung 2,11 Millionen Dollar im Werte zu schätzen. Die Stärke der Belegschaften war in der Kohlen- und Eisenproduktion gegenüber der Zahl der „industriell“ beschäftigten Arbeiter verhältnismäßig hoch. Sie betrug im Jahre 1909 1,09 Millionen Arbeiter, war in der „reinen“ Industrie bei einer zwanzigmal wertergiebigeren Produktion nur sechsmal zahlreicher. Hieraus spricht die Tatsache einer vollkommeneren Mechanisierung und Spezialisierung im industriellen Produktionsprozeß, eine betriebstechnische Notwendigkeit, die auch der landwirtschaftliche Großbetrieb des arbeit- und handsparenden Westens verwirklichen mußte. Ein amerikanischer Autor hat in den amerikanischen Schlachthäusern den Arbeitsprozeß in 157 verschiedene Etappen gegliedert gefunden und bei der Schlachtung eines Tieres 78 andersartige, sich ergänzende, spezialisierte Handgriffe feststellen können. Diese äußerste maschinelle Ausnützung erklärt den einheitlichen, typisierten Charakter der amerikanischen Industriewaren. Er ist bei den landwirtschaftlichen Maschinen wie bei den schnell berühmt gewordenen Automobilen zu finden. Diese Warenstandardisierung ist die produktionstechnische Grundlage in der Schuh- wie in der Textilindustrie, wird in den Massenproduktionsunternehmungen immer mehr die einzige und vorherrschende Arbeitsmethode. Weniger anwendbar ist sie aber in den Spezialindustrien geworden, also dort, wo die zentralisierenden Bedingungen der Massenherstellung in wenigen, riesigen Betrieben fehlen und wo die individuelle, handwerkliche Geschicklichkeit noch ausschlaggebend ist. In der Spitzenherstellung und in der Erzeugung von Präzisionsapparaten hat sich auch in Amerika die kleinere Betriebsform mit einem handgeschickten, kulturell hochstehenden Arbeiterstamm erhalten.

Von den wenigen Ausnahmen dieser Spezial- und Verfeinerungsindustrien jedoch abgesehen, geht die vorherrschende Richtung der wirtschaftspolitischen Maßnahmen auf eine taylorisierte, maschinenfördernde Vereinheitlichung der Marktproduktion und die Verringerung und Vertrufung der Unternehmungen. Wenn sich deshalb innerhalb eines Jahrzehnts die industriellen Produktionswerte um 81,2 Prozent erhöhten, die Unternehmungen sich aber nur um ein Fünftel der bestehenden vergrößerten, so erklärt sich diese wirtschaftliche Erscheinung allein aus der charakteristischen Erscheinung der amerikanischen Massenfabrikation kollektiver Bedarfsgüter. Und als mit der Erschließung der mineralischen Schätze an den Oberen Seen durch den

Ausbau eines vorzüglichen Verkehrsnetzes die Verbindung der entfernten Rohstoffgebiete mit dem industriellen Osten hergestellt war, hat sich die spezifisch amerikanische Vereinheitlichung auch auf territoriale Wirtschaftseinheiten ausgedehnt. Scharf unterscheidet sich der agrarische Westen vom industriellen Schwerpunkt im Osten. Nach Levy entfielen auf die vier östlichen Staaten New York, Massachusetts, New Jersey und Pennsylvanien im Jahre 1914 von einer 24,2 Milliarden Dollar bewerteten Produktion allein 9,6 Milliarden, das sind 40 Prozent des Gesamtwertes. Zwischen den Westen und die östlichen Industrieterminen aber hat sich um die Wende des Jahrhunderts die riesige Eisenverarbeitung und -verwertung der mineralischen Erze der Oberen Seen mit der Kohle des Allegheniengebirges hineingeschoben und bildet hier eine „Industrieinsel“ und wirtschaftsgeographische „Gesetzwidrigkeit“. Auch bei der Textilindustrie und der Erdölgewinnung ist eine ausgeprägte, territoriale Arbeitsteilung festzustellen. Von den Rohstoffgebieten wird das Erdöl in gewaltigen Röhrenstrassen nach den Raffinerien des Standard Oil Trusts an der atlantischen Küste geleitet, sogar von hier durch eine Spezialflotte nach den weiteren Verarbeitungsstätten transportiert und die baumwollpflanzenden Südstaaten Arkansas, Texas und andere sind weniger weiterverarbeitende Wirtschaftseinheiten. Jedoch macht sich besonders in dieser Wirtschaftsprovins eine auffallende Industrialisierung im Rohstoffgebiet bemerkbar, eine Erscheinung, die vielleicht in wenigen Jahren dem gesamten Wirtschaftsleben einen verschärften Charakter aufprägen wird, vielleicht, denn eine solche revolutionierende Umschichtung in der gesamten Wirtschaftsstruktur eines Landes hängt von außernationalen, weltwirtschaftlichen Einflüssen und Auswirkungen ab.

Abschließend nun sei noch eine statistische Übersicht des gesamten Wirtschaftslebens und der prozentualen Beteiligung der einzelnen Wirtschaftsgruppen gegeben. Vom Jahre 1914 hat Levy den Wert derselben feststellen können. Es ordneten sich von einem gesamten Wert in 1000 Dollar von

	24216435	100			100
Nahrungsmittelindustrie	4816709	19,9	Holzindustrie	1599710	6,6
Textilindustrie	3414615	14,1	Papierindustrie	1456046	6,0
Eisen- und Stahlindustrie 3223144	13,3	Metallindustrie	1417042	5,8	
Chemische Industrie	2001643	8,3	Fahrzeugindustrie	1034497	4,3

Wir haben in den vorhergehenden Zeilen und soeben in der statistischen Zusammenstellung ein Wirtschaftsleben von einem außergewöhnlichen Aufschwunge überblicken können, von einer Elastizität und einem wirtschaftlichen Tempo, die der europäische Kontinent mit seinen verzweigten politischen Interessen nicht aufzuweisen vermag. Und die Bedeutung Nordamerikas in der Weltwirtschaft sollte heute von niemandem übersehen werden.

Produktionsenquete des Internat. Arbeitsamtes

Lony Sender

V.

Man hat ja auch schon in Deutschland versucht, an einer Untersuchung der Unfallstatistik zu erforschen, welches die Wirkung der Arbeitszeit auf die Zahl der Unfälle ist. Darüber hinaus sind in anderen Ländern auch Nach-

prüfungen über den Gesundheitszustand im allgemeinen vorgenommen worden und haben beispielsweise in Belgien, wie aus dem Bericht der Société des Produits chimiques d'Engis hervorgeht, zu der Feststellung geführt, daß nach Einf hrung des Achtstundentages in der Betriebskrankenkasse eine zunehmende Verbesserung des Gesundheitszustandes der Arbeiter festgestellt wurde, denn trotzdem die Mitgliederzahl dieselbe blieb, ging die Inanspruchnahme der Kasse stetig zurück.

Die offizielle Enquete der Vereinigten Staaten, die im Juli 1917 vorgenommen ward, kam zu folgendem Schluß: Die bedeutsame Rolle der Ermüdung als Unfallursache ist dadurch erwiesen, daß die Unfälle dann am zahlreichsten sind, wenn die Arbeitsleistung ihr Minimum erreicht, nämlich in der zweiten Arbeitsperiode im Vergleich zur ersten und bei der Zehnstundenschicht verglichen mit dem Achtstundentag.

Ähnliche Feststellungen wie aus Belgien melden die Berichte der schweizerischen Gewerbeinspektoren und auch die offizielle französische Enquete aus der Munitionsindustrie berichtet über die besten Leistungsergebnisse bei der dreifachen Schicht von je acht Stunden. Die ganze Kompliziertheit des Problems aber enthüllt das Buch eines englischen Industriellen, Lord **Reverhulme**, der schon vor Einf hrung des Achtstundentages in 1918 schrieb:

So vollkommen auch eine Maschine sei, es m hten immer neue Verbesserungen gefunden werden. Zu dieser Auffindung aber sei gerade der die Maschine bedienende Arbeiter am meisten prädestiniert. Er kenne seine Maschine, wie der Reiter sein Pferd, verstehe ihre Besonderheiten und Schwächen. Wie komme es daher, daß es nicht mehr Erfindungen von Arbeitern gäbe?

Die Antwort von Lord Reverhulme geht dahin, daß jede Verbesserung Nachdenken erfordere, zum Nachsinnen aber Zeit notwendig sei, und das gegenwärtige industrielle System lasse dem Arbeiter keine Mu e.

Bei uns wie in allen anderen Staaten bestehen zahlreiche Gesellschaften zur Bekämpfung des **Alkoholismus**. So notwendig dieser Kampf auch sein mag, man wendet erst dann die richtigen Mittel an, wenn man sich bewußt ist, daß ein starker Alkoholgenuß in den arbeitenden Schichten nicht etwa lediglich der Charakterschwäche oder mangelnden Moral zuzuschreiben ist, sondern daß so mancher zum Alkohol greift, um sich damit ein Reizmittel gegen die ihn überwältigende Ermüdung zu holen. Stand schon bisher fest, daß gerade in denjenigen Ländern oder Landesteilen der Alkoholmißbrauch am stärksten war, wo der Lohn am geringsten und die Arbeitszeit am längsten, so haben neuere Untersuchungen noch klarere Ergebnisse gezeitigt. Wiederum ist es die offizielle Enquetekommission der Vereinigten Staaten, die meldet, daß die Arbeiter der Munitionsindustrie, die zum großen Teil selbst des freien Sonntags beraubt waren, zu einer der Erschöpfung nahekommenen Ermüdung gebracht waren. Die Wirkung war nicht nur, die Arbeiter stumpf und indifferent zu machen, sondern auch in ihnen den untwiderstehlichen Wunsch nach Abwechslung und Anreiz zu wecken. Die dadurch hervorgerufene Erregung ließ die scheinbare Erleichterung in dem Verlangen nach Alkoholgenuß suchen. Auch der schon erwähnte belgische Bericht weist darauf hin, daß es unter dem Arbeitsregime der Vorkriegszeit eine Selbstverständlichkeit bedeutete, daß der Arbeiter morgens beim Verlassen des Heims eine Schnapsflasche von seiner Frau zugesteckt bekam. Wukte diese doch, daß anders die

Arbeitsenergie während der langen Arbeitszeit gar nicht aufrechterhalten werden konnte. Seit der Einföhrung des Achtstundentages ist nicht nur dieser Brauch verschwunden, sondern auch der heimliche Alkoholverkauf im Werk, und auf der Straße begegnet man selten Betrunknenen.

In Frankreich hat das Arbeitsministerium eine besondere Enquete über Fortschritt oder Rückgang des Alkoholismus vornehmen lassen; im Bulletin des Arbeitsministeriums von 1923 wird als Ergebnis der Enquete die Feststellung eines allgemeinen Rückganges mitgeteilt, die man zum größten Teil der Verkürzung der Arbeitszeit zuschreibt. Diese habe es ermöglicht, daß die Arbeiter sich in der Umgebung der großen Städte ansiedelten, musikalische und Sportvereinigungen gründeten, berufliche Ausbildungskurse, Volksbibliotheken besuchten usw.

Da man in Deutschland im Zeichen der Wirtschaftskrise auf der Unternehmerseite als eines der Mittel ihrer Überwindung stets an eine stärkere Ausbeutung der Arbeiter denkt, ist es doch wichtig, die Frage aufzuwerfen, ob denn Mehrarbeit gleichbedeutend ist mit Mehrertrag? Die Unternehmer scheinen dies automatisch anzunehmen und sollten doch wissen, daß die Beobachtungen ihre Hypothese vollkommen widerlegt haben. Wir wollen in diesem Zusammenhange gar nicht davon sprechen, in welchem Maße durch Überarbeit der menschliche Organismus erschöpft, die Gesundheit des Arbeiters untergraben wird. Einer der Leiter der englischen Enquete über die industrielle Ermüdung, Professor Kent, teilt einen interessanten Fall mit, der die gescheite Initiative einer Arbeiterin betrifft. Die Belegschaft des Betriebes hatte allgemein die zwölfstündige Arbeitszeit akzeptiert. Eine der Arbeiterinnen fehlte meist während der Überstunden. Auch fing sie morgens um $\frac{1}{2}$ 9 anstatt um 6 Uhr an, so daß sie im allgemeinen nur acht Stunden arbeitete. Auf Befragen erklärte sie, daß die Verlängerung der Ruheperioden sie instandsetze, in einem solchen Maße rascher zu arbeiten, daß sie leicht die verlorene Zeit einhole. Der Bericht vermerkt hierzu, daß diese Angaben der Arbeiterin bestätigt worden seien. Und in demselben Bericht wird die Schlußfolgerung allgemeiner Natur gezogen, daß die Überstundenarbeit eine derartige Ermüdung hervorrufe, die in keinem Verhältnis zur Dauer und Schwere der Arbeit stehe. Darum seien die Überstunden nicht nur vom physiologischen, sondern auch vom wirtschaftlichen Gesichtspunkte aus Wahnsinn und verfehlen meist ihren Zweck.

Wiederum ist England der Staat, in dem auch Feststellungen über die Wirkung des Achtstundentages auf das Fehlen gemacht worden sind. Die englische Arbeitsinspektion weiß von einem allgemeinen Rückgang zu berichten und führt dies darauf zurück, daß die Arbeiter bei verkürzter Arbeitszeit in der ihnen verbleibenden Freizeit ihre persönlichen Angelegenheiten erledigen könnten. Auch das durch Krankheit verursachte Fehlen hat abgenommen in einem solchen Maße, daß in einem Unternehmen, in dem früher 40 Fehlende täglich konstatiert werden mußten, diese Zahl nach Einführung der 44-Stundenwoche auf durchschnittlich 10 täglich gefallen ist.

Ein Faktor, den man bei der Mehrzahl der deutschen Unternehmer anscheinend noch immer nicht erfaßt hat, ist der moralische Zustand des arbeitenden Menschen. Und doch war es schon vor drei Jahrzehnten ein amerikanischer Unternehmer, Mr. William Wather, der in den von ihm geleiteten

Betrieben den Achtstundentag eingeführt und dabei bereits im ersten Jahre von einer völligen Aufrechterhaltung des Produktionsergebnisses berichtet hat. Er glaubt, dieses Ergebnis dem Umstand zuschreiben zu sollen, daß die Belegschaft ihre Energie mit Leichtigkeit aufrechterhalten konnte. Er glaubt, daß man unbewußt einem Naturgesetz entsprochen habe, anstatt gegen die Natur zu handeln, indem man Menschen die Arbeit wiederbeginnen lasse, noch ehe sie die verbrauchte Kraft wiederherstellen konnten. Auf diese Weise habe das Unternehmen aus der geistigen Frische und körperlichen Rüstigkeit der Belegschaft Vorteil gezogen. Und selbst eine amerikanische Unternehmerorganisation, der Industrielle Nationalrat der Vereinigten Staaten, meint in der Zusammenfassung des Ergebnisses einer Enquete: Es scheine, daß die Verkürzung der Arbeitszeit wenigstens dazu beigetragen habe, die Zufriedenheit des Arbeiters zu erhöhen.

Man hat darum alle diese psychischen und physiologischen Momente zu beachten, will man das in der Tat auch volkswirtschaftlich erwünschte Ergebnis einer Vermehrung der erzeugten Gütermenge und nicht lediglich eine Vermehrung der Ausbeutung. In die Richtung dieses erwünschten volkswirtschaftlichen Zieles weisen die Erfahrungen mit den **Arbeiterferien**. Auch hier wieder greifen wir auf den Bericht der Enquetekommission von Großbritannien zurück, der in seinen Schlussfolgerungen über diesen Punkt sagt:

... Wenn jeder Arbeiter alle zwei bis drei Monate einen zwei- bis dreitägigen Urlaub bekommen könnte, so wäre dies ein ausgezeichnetes Mittel, das jedem Prämien- und Zusatzlohnsystem vorzuziehen wäre.

... Nach einer ganzen Ferienwoche um die Osterzeit stieg die Stundenleistung auf 134 durchschnittlich und hielt sich etwa auf dieser Höhe während der folgenden acht Wochen.

Nach einer weiteren Ferienwoche im August stieg die Stundenleistung wiederum auf das Mai/Juni-Niveau und auch nach einer erneuten Ferienperiode im Oktober wurde eine wesentliche Erhöhung der Stundenleistung festgestellt.

Dr. Bernon kommentiert diese Tatsachen dahin, daß ausgeruht und gekräftigt der Arbeiter unbewußt mit größerer Elastizität an die Arbeit zurückkehrt. Und ein anderer Wissenschaftler, Professor Loveday, macht darauf aufmerksam, daß der Prozentsatz der Erkrankungen nach dem Urlaub auf 4,2 Prozent zurückgegangen sei, während er in der vorletzten Woche vor dem Urlaub 8,6 Prozent betragen habe. Auch die amerikanische Kommission schlußfolgert: Die Ferien sind von einer Produktionserhöhung gefolgt.

Da sich die Argumente der Unternehmer in allen Ländern stark gleichen, überrascht es uns nicht, wenn wir auch auf die Behauptung stoßen, es sei eine Verstärkung der Ausfuhr erforderlich und diese sei bei der verkürzten Arbeitszeit nicht zu erreichen, weil dadurch die **Konkurrenz mit dem Ausland nicht durchgehalten werden könne**. Die Verminderung der Arbeitszeit habe eine Verteuerung der Produktionskosten zur Folge gehabt. Ohne die Richtigkeit dieser Behauptung auch nur untersuchen zu wollen, müßte doch angenommen werden, daß in den Konkurrenzländern eine längere Arbeitszeit besteht. Demgegenüber stellt aber das Internationale Arbeitsamt fest, daß in den hauptsächlichlichen Konkurrenzländern allgemein ebenfalls der Achtstundentag Praxis geworden sei. Im übrigen aber spiele der durch die Arbeitszeit hervorgerufene Unterschied in den Produktionskosten eine ganz minimale Rolle gegenüber derjenigen der Valutakrisen. Wie überhaupt die

auf andere Ursachen zurückzuführende Weltwirtschaftskrise zur Erklärung herangezogen werden muß. Durch sie ist auch die internationale Arbeitsteilung gestört und damit der Erhöhung des Exportes Hemmnisse aufgerichtet. So bemerken auch die schweizerischen Bezirksgewerbeinspektoren sehr richtig, daß durch die Tatsache, daß von der Krise auch diejenigen Länder nicht verschont blieben, die die Reform noch nicht durchgeführt haben, erwiesen sei, daß nicht der Achsstundentag als Ursache der wirtschaftlichen Schwierigkeiten angesprochen werden könne. Viel bedeutsamer aber seien die ungeheuren Unterschiede in den Produktionskosten der Rohstoffe, in den Frachttarifen, in den in Goldwerte umgerechneten Löhnen.

Die ganze Dokumentation, die das Arbeitsamt in wahrhaft gründlicher Weise zusammentrug, führte es zu der Feststellung, daß die Verminderung der Arbeitszeit überall da, wo nicht außerordentliche Umstände im Wege standen, zu einer rationelleren Organisation der Produktion und zur Intensivierung der Arbeit geführt hat. Und der Herausgeber macht sich die Schlussfolgerung des Berichtes der amerikanischen Enquetekommission zu eigen, daß alle die Erfolge des amerikanischen Außenhandels erzielt wurden auf der Basis höherer Löhne, die erreicht worden sind durch eine Verminderung der Produktionskosten und die auch erhöhte Leistungen zur Folge hatten. Gerade diejenigen Industrien, deren Arbeiter die kürzeste Arbeitszeit und höchsten Löhne haben, stellen die Branchen dar, in denen Amerika am stärksten exportiert. Eine neue Reduzierung der Arbeitszeit würde eine weitere Erhöhung der Leistung und der Fähigkeiten der Arbeiter zur Folge haben. Und die Kommission der Vereinigten Staaten schreckt nicht davor zurück, diese Schlussfolgerung zu ziehen:

„Niemals hat die Herabsetzung der Arbeitszeit die Konkurrenzfähigkeit der Arbeiter auf dem Weltmarkt reduziert. Tatsache ist, daß die Länder mit der kürzesten Arbeitszeit zu billigeren Preisen produzieren, als Länder mit langem Arbeitstag.“

:::

Arbeitsstätte, Wohnort und Freizeit des Arbeiters

Dr. phil. Ludwig Preller (Dresden)

In Nr. 13, Jahrgang 1925, dieser Zeitschrift wurden an Hand einer Arbeit der Mediziner Dresel und Grabe über den „Einfluß der Pendelwanderungen auf die Arbeitnehmer“ die einschneidenden Wirkungen besprochen, die der mehr oder weniger weit von der Arbeitsstätte entfernte Wohnort auf Unfall- und Krankheitsgefährdung des Arbeitnehmers ausübt. Als volkswirtschaftlicher Gewerbeaufsichtsbeamter im Freistaat Sachsen habe ich die gleiche Frage von meinem Standpunkt aus untersucht und die Ergebnisse in Nr. 24 des Reichsarbeitsblattes von 1925 unter Beigabe graphischer Darstellungen zusammengefaßt. Vern komme ich der Aufforderung nach, die Daten dieser Untersuchung insbesondere in ihren Schlussfolgerungen für die Leser der Betriebsräte-Zeitschrift des DMB zu erläutern.

Material der Untersuchung, die sich nur auf Arbeiter, nicht Angestellte bezog, boten 23 der größten Betriebe mit 26 455 Arbeitern aus zwei Gewerbeaufsichtsbezirken, das heißt reichlich zwei Drittel einer Kreishauptmannschaft. Davon hatten:

7 Betriebe reichlich über 1000 Arbeiter (2 Betr.: 2600 und 3950), 6 Betriebe zwischen 500 und 1000 und 10 Betriebe knapp 200 bis 500 Arbeiter. Aus der Metallbranche waren 3 Großeisenbetriebe und 6 Maschinenfabriken vertreten. Die statistische Rundfrage, die von den Betriebsleitungen unter Zuziehung der Betriebsvertretungen beantwortet wurde, fragte, ziemlich reich gegliedert, nach der Entfernung der Wohnstätte von der Arbeitsstätte einmal in Kilometern, dann in Stunden, sowie dem Beförderungsmittel (Fuß, Rad, Straßenbahn, Eisenbahn). Außerdem sind Arbeitszeiten und Pausen der Werte beigegeben (Betriebsanwesenheit: 8—9 Stunden: 47 0 [17,8%], 9 und mehr Stunden: 12 098 [48,8%], 10—12 Stunden: 88 18 [33,4%] Arbeiter).

Die Zusammenstellung der Tafeln über die Entfernung in Kilometer bzw. in Stunden ergibt deutlich, daß es durchaus falsch ist, die An- und Abmarschverhältnisse eines Arbeiters allein nach Kilometer oder Stunden zu messen. Entscheidend ist vielmehr das Beförderungsmittel, mit dem er diesen Weg zurücklegt. Ein Beispiel erklärt dies. In zwei Werken A und B verteilen sich Kilometer- und Stundenentfernung wie folgt:

Entfernung über 15 Kilometer		über 1½ Stunden	
A) 5,6 Prozent		22,1 Prozent der Arbeiter	
B) 22,1 „		1,2 „	

Trotz wesentlich größerer Wohnentfernung (20 Prozent: 21 bis 30 Kilometer) sind also die Arbeiter des Werkes B weit rascher daheim als die des Werkes A, die im allgemeinen an Kilometern näher wohnen. Es stellt sich heraus, daß die Beförderungsmittel sich wie folgt verteilen:

	zu Fuß	mit Rad	mit Eisenbahn
A) 74,3 Prozent		18,8 Prozent	6,9 Prozent der Arbeiter
B) 26,7 „		9,8 „	64,0 „

Damit treten zwei Gesichtspunkte in den Vordergrund: Zufahrtsmöglichkeit und geographische Lage. Werk A liegt nämlich in einem Seitentale des Erzgebirges, hat hügelige Anfahrtswege und eine wenig brauchbare Schmalspurbahnverbindung; Werk B liegt dagegen in der Ebene und an einer oft befahrenen Hauptverkehrslinie, nur eine Stunde von der Großstadt entfernt. Ähnliche Ergebnisse des maßgeblichen Einflusses der geographischen und verkehrstechnischen Ortslage der Betriebe auf die Länge der An- und Abmarschwege ihrer Arbeiter kann die Untersuchung noch für eine Reihe jeweils zusammenliegender Werke aufweisen.

Nicht nur auf dem Lande, auch in dicht besiedelter Gegend bzw. der Großstadt ist es für Großbetriebe schwer, genügend Arbeiter aus der näheren Umgebung zu erhalten. So weist die Untersuchung einen Großbetrieb (Metallbranche) in der Großstadt auf, aus dem von 2600 Arbeitern und Arbeiterinnen 140 = 4,1 Prozent täglich jeweils über zwei Stunden An- und Abmarsch zurückzulegen haben. Das sind über vier Stunden täglich. Von allen untersuchten 26 455 Arbeitern sind es aber 4286 oder 16,2 Prozent, die täglich jeweils 1½ bis 2 Stunden für An- und Abmarsch benötigen. Das bedeutet, daß einem Sechstel aller erfaßten Arbeiter täglich 3 bis 4 Stunden Freizeit durch ihre entfernt liegende Wohnung verloren gehen.

Hält man diese Tatsache nun mit den Zeiten der Betriebsanwesenheit (Arbeitszeit und Pausen) zusammen, so ergibt sich weiterhin, daß bei der in den untersuchten Werken durchschnittlichen zehnstündigen Betriebsanwesenheit ein täglicher Gesamtweg von 2 bis 4 Stunden für die Anwesenheit im Heim nur 12 bis 10 Stunden übrig läßt, von denen man mindestens 7 Stunden auf Schlaf und 1½ Stunden auf Mahlzeiten rechnen möchte. Bei Werken

mit Doppelschicht, das heißt 12stündiger Betriebsanwesenheit, kann dies noch erschreckender in die Erscheinung treten. So wohnen aus einem untersuchten Großeisenwerk in besonders ungünstiger verkehrstechnischer Lage 204 oder 11,9 Prozent der Arbeiter weiter als $1\frac{1}{2}$ Stunden entfernt, das heißt sie haben nur eine tägliche Anwesenheit zu Hause von 24 weniger ($12 + 3$) = 9 Stunden.

Welche Wirkungen solche Verhältnisse auf den Menschen haben müssen, liegt auf der Hand. Der Alkoholkonsum und das triebhafte Leben nehmen zu, da Rausch und Geschlechtsgenuß bzw. der Tanzboden (besonders beim weiblichen Geschlecht) die einzige „Erholungs“möglichkeit zu bieten scheinen. Weiterhin, und durch die ebengenannten Tatsachen noch verstärkt, wird aber ein geregeltes Familienleben unmöglich. Besonders aber leidet die Bildungsfähigkeit der betr. Arbeitnehmer, da ihnen der Besuch von Volkshochschule oder sonstigen Bildungstursen, ja selbst das Lesen eines wertvollen Buches fast zur Unmöglichkeit gemacht wird. Der Heimweg selbst aber, in Regen und Wind zu Fuß oder mit Rad, oder auf zugigen Bahnsteigen und im überfüllten, stidigen Eisenbahnwagen stehend zurückgelegt, schädigt gegebenenfalls schwer an der Gesundheit.

Grund genug, daß vor allem auch der Arbeiter selbst sich mit solchen Verhältnissen beschäftigt. Was kann er tun?

Vor allem wird der Betriebsrat bei Feststellung der sozialen Verhältnisse seiner Kollegen auch auf die Wohnentfernung Wert legen müssen. Er wird sich möglichst eine tabellarische Übersicht über die Länge ihres An- und Abmarschweges in Stunden und über die Art des Beförderungsmittels anlegen. Außerdem auf einer Karte die Wohnorte der Belegschaft und die Zahl der dort Wohnenden eintragen. Mit Hilfe dieser Übersicht und vielleicht im Zusammengehen mit den Kollegen aus anderen Betrieben des Fabrikortes kann er dann durch Gewerkschaften, Landtagsabgeordnete und Gemeindeverordnete sowie durch die Gewerbeaufsicht auf notwendige Verbesserungen der Verkehrsmittel und ihrer Verkehrszeiten hinwirken. Besonders in Gebirgsgegenden kann das jetzt mehr und mehr aufkommende Verkehrsauto event. viel Nutzen stiften. Aber vielleicht findet sich zunächst auch ein Betrieb bereit, mit seinen Lastkraftwagen die Arbeiter aus ungünstig gelegenen Orten zu befördern.

Im Betriebe selbst sind die gemachten Feststellungen bei der Regelung der Arbeitszeit, vor allem auch der Pausen zu beachten, da ja der Körper nicht nur durch die eigentliche Werkarbeit, sondern außerdem noch durch die An- und Abmärsche ermüdet wird.

In seltenen Fällen wird man auch auf dem Wege über die Arbeitervertreter in den Arbeitsnachweisen besonders ungünstig wohnende Arbeiter in einen günstiger gelegenen Betrieb versetzen können.

Endlich aber muß besondere Beachtung der Siedlung geschenkt werden. Seien es Werks- oder Gemeinde- oder Genossenschaftssiedlungen, stets verdienen diese Fragen die besondere Aufmerksamkeit der Arbeiter. Dabei darf im Zusammenhang mit den hier behandelten Fragen natürlich nicht der Fehler begangen werden, zugunsten einer werksnahen Entfernung die gesundheitliche Lage einer Siedlung zu vernachlässigen. Vielmehr müssen zu der in reiner Luft gebauten Siedlung gute, ausreichende und vor allem rasche Verkehrsmittel führen.

Gewerbehygienische Rundschau

San.-Rat Dr. W. G a n a u e r, Privatdozent in Frankfurt a. M.

In Deutschland ereignen sich jährlich etwa 300 tödliche Unfälle durch Elektrizität, der größte Teil davon in den gewerblichen Betrieben, ausgehen von den schweren Verletzungen bei Unfällen, die nicht unmittelbar zum Tode führen. Die Gefahr des elektrischen Stromes hängt nicht nur von der Spannung ab, sondern vor allem von der Stromstärke und zum Teil auch von der Dauer der Einwirkung. Bei einer Spannung von 100 bis 120 Volt tritt der Tod durch Herzstillern ein, bei 240 bis 600 Volt hört zugleich die Atmung auf. Wie Dr. Altmensleben in der Berliner medizinischen Gesellschaft ausjurgte, tritt nach Einwirkung des Stromes von $\frac{1}{15}$ Sekunde Bewußtlosigkeit, nach $\frac{1}{6}$ Sekunde der Tod ein. Die niedrige Spannung ist deshalb weniger gefährlich, weil dann meist die Haut und die Schuhe zur Isolierung ausreichen. Bei hoher Spannung kommt es zu Verbrennungen, bei ganz hoher sogar zum Abfallen von Gliedern.

Es ist noch wenig bekannt, daß die durch Elektrizität Verunglückten in den meisten Fällen nur scheinot sind und durch künstliche Atmung noch zu retten sind. Darauf weist schon die alte Erfahrung hin, daß vom Blitz Betroffene oder für tot gehaltene Menschen von selbst oder infolge einer Hilfeleistung ins Leben zurückkehrten. Die Hauptaufgabe, welche zu erfüllen ist, ist künstliche Atmung. Diese aber muß, soll sie wirksam sein, nicht zu spät vorgenommen werden. Es ist mit ihr vielmehr sofort zu beginnen. Es dürfen ferner die Bemühungen nicht zu früh aufgegeben werden, halbstündige Wiederbelebungsversuche sind viel zu kurz. Erst das Ausreten von Leichenflecken berechtigt zur Einstellung von Wiederbelebungsversuchen, wie dies neulich Prof. Zellenek in Wien mit Nachdruck verlangt. Die künstliche Atmung muß natürlich auch sachgemäß vorgenommen werden. Sie hat die Aufgabe, neben der Atmung auch den Blutumlauf wieder in Gang zu bringen. Prof. Zellenek berichtete über zwei Verunglückte, die schon ausgegeben, aber durch sachgemäße Wiederbelebung gerettet wurden. Im ersteren Falle handelte es sich um einen Knaben, der durch eine Spannung von 220 Volt Wechselstrom verunglückte. Der Knabe stand barfuß in einem Pferde stall und hielt in seiner rechten Hand eine gewöhnliche elektrische Stehlampe aus Messing, die infolge eines Installationsfehlers stromführend geworden war. Beim Einschalten erlitt er durch die Hand und das rechte Auge, an welches das Lampengestell gestoßen hatte, einen elektrischen Schlag und fiel sofort ohne Lebenszeichen zusammen. Ein zufällig erschienener Tierarzt nahm über eine Stunde lang Wiederbelebungsversuche vor und es gelang ihm, den Knaben wieder ins Leben zu rufen. In einem anderen Falle verunglückte ein Ingenieur durch Hochspannungsentladung von 32 000 Volt Drehstrom. Auch er brach, an rechter Kopfseite und Schulter getroffen, ohne Lebenszeichen zusammen. Ein anwesender Stationsmeister machte drei Stunden lang künstliche Atmung, obwohl sie aussichtslos zu sein schien, und er hatte die Freude, den Verunglückten wieder ins Leben zurückzurufen.

Arztliche Zeitsähe betr. Einhaltung von Arbeitspausen

sind von der Arbeitsgemeinschaft deutscher Gewerbeärzte verfaßt und veröffentlicht worden. Diese gehen davon aus, daß jede längere Arbeit, körperliche sowohl wie geistige, durch Ruhepausen unterbrochen werden muß. Wenn dies nicht geschieht, steigt die Ermüdung unverhältnismäßig rasch an, während sich die Leistungsfähigkeit erheblich vermindert. Die entsprechenden Ruhepausen müssen in den Arbeitsgang selbst eingeschaltet werden. Sie dürfen nicht fortfallen in der Annahme, daß der Arbeiter sich nach Arbeits schluß genügend ausruhen könne. Zeitpunkt der Pausen und Dauer derselben hängen von der Eigenart und Dauer der Arbeit ab.

Die Gewerbeärzte äußern sich auch noch über die ungeteilte englische Arbeitszeit. Gewissen äußeren Vorzügen stünden auch Nachteile gegenüber, welche diese Niederung der Arbeitszeit keineswegs als einzig richtige erscheinen lassen. Die grundlegende Voraussetzung für die ungeteilte Arbeitszeit ist ein nahrhaftes Frühstück vor Arbeitsbeginn und eine kleine Pause um die Mittagszeit, in welcher ein zweites Frühstück möglichst mit einem warmen Gericht eingenommen werden soll.

Wesentlich zustimmend zur englischen Arbeitszeit äußert sich der Schweizer Stadtrat Dr. Säberlin, zunächst vom wirtschaftlichen Standpunkte. Die englische Arbeitszeit hat der bekannte praktische Geschäftsmann der Engländer eingeführt und von dort hat sie sich über die ganze Welt verbreitet. Bei dieser Arbeitszeit ist die Mittagspause auf $\frac{1}{4}$ bis $\frac{1}{2}$ Stunde

beschränkt, welche genügt, im Büro oder in der nächsten Nähe eine kleine Erfrischung einzunehmen. Die Ersparung bei der englischen Arbeitszeit besteht zunächst darin, daß nur einmal am Tage das Geschäft oder die Fabrik aufgesucht zu werden braucht. Es werden infolgedessen Fahrtkosten und Kleiderkosten gespart. Bei einer Ausgabe von täglich 30 Pf. für Fahrtkosten beträgt die ersparte Summe schon jährlich 90 Mk., diese Beträge vervielfältigen sich, wenn verschiedene Mitglieder der Familie in entfernte Geschäfte gehen. Natürlich muß die im Geschäft eingenommene Mahlzeit billig erhältlich sein, weil sonst die Ersparnisse wieder aufgebraucht werden. Eine Mitwirkung des Geschäftes ist dabei Vorbedingung. Die Erfahrung hat gezeigt, daß in den Nachmittagsstunden mehr gearbeitet wird, wenn die Arbeitsunterbrechung nicht zu lange andauert und die Kräfte nicht durch die Verdauung einer reichlichen Mahlzeit allzu sehr in Anspruch genommen werden. Dr. Häberlin weist hier auch auf die Erfahrungen der Ärzte hin, daß die heutige Gewohnheit, welche zur raschen Einnahme des Mittagessens zwingt, der sich nachher längere Märche oder Fahrten anschließen, sehr ungesund ist. Ferner mache der Zwang, viermal täglich den Zug zu einer bestimmten Minute benützen zu müssen, viele Leute nervös, so daß der Wegfall der Mittagsfahrten auch in dieser Beziehung Vorteile bringen dürfte.

Weiter betont Dr. Häberlin die indirekten Vorteile der englischen Arbeitsweise, die zu einer verlängerten Freizeit am Nachmittag und Abend führt. Dies ist von höchster Bedeutung in sozialer Beziehung. Sie bringt den auswärtigen Arbeitenden früher in die Familie zurück, fördert auf diese Weise das Familienleben. Sie gestattet auch die in gesundheitlicher Hinsicht vorteilhafte Arbeit in Garten und Feld und ermöglicht die geistige Fortbildung. Bei einer achsstündigen Arbeitszeit mit Schlußbeginn und einer halbstündigen Mittagspause können sehr viele schon um 5 Uhr zu Hause sein und sich dann der Erholung oder der Lieblingsbeschäftigung widmen.

Einen weiteren und zwar den größten Vorteil bietet die englische Arbeitszeit, indem sie der Dezentralisation der städtischen Bevölkerung starken Vorschub leistet und die Ansiedlung in den Vororten ermöglicht, vorausgesetzt, daß der Verkehr durch Einlegung von Arbeiterzügen und verbilligte Tarife darauf Rücksicht nimmt.

Nach dem Jahresbericht des Chefinspektors der englischen Gewerbeaufsicht für 1923 sind in diesem Jahre in England 125 551 Betriebsunfälle vorgekommen, 27 565 mehr als im vergangenen Jahre, Bleibergiftungen sind durch die für die vielen Radiostationen gebrauchten Akkumulatoren häufiger geworden, neu hinzugekommen sind Vergiftungen durch Manganstaub. Dr. Myers, der Direktor des Instituts für industrielle Psychologie, sprach auf einem Fürsorgekongreß über die Hebung der Produktion. Er fand, daß durch regelmäßige Pausen in den Fabriken die Produktion bedeutend verbessert wurde. Eine Herabsetzung der Arbeitszeit um 3 Prozent steigerte die Produktion um 5 Prozent. Sehr kurze Arbeitszeit hatte dagegen einen sehr verderblichen Einfluß auf die Produktion, in den Schuhfabriken sank die Produktion progressiv, als die wirklichen Arbeitsstunden unter 40 in der Woche sanken. (?) Ein Redner machte darauf aufmerksam, daß die Arbeiter nur dann Unfälle vermeiden, wenn sie in guter Gesundheit sind. Im Winter bei starken Erkältungen nehmen die Unfälle zu. Wichtig ist auch die Temperatur der Arbeitsräume. Bei niedriger Temperatur treten mehr Unfälle auf. Auch bei einer Temperatur über 69 Grad Fahrenheit nehmen die Unfälle zu. Nach dem Bericht der Elektrischen Beleuchtungs-gesellschaft in Boston (Edisonwerke) kamen am meisten vor Erkältungskrankheiten, Magenbeschwerden und Nervenkrankheiten. Zur Vorbeugung der Erkältungen wurde besonders Gewicht gelegt auf gute Ventilation, auf die Benutzung von kalten Duschen durch Arbeiter, die in heißen Räumen arbeiten. Alle Arbeiter, die eine Erkältung herannahen fühlen, werden aufgefordert, sich in der Fabrikpoliklinik untersuchen und behandeln zu lassen. Männer erkranken merkwürdigerweise häufiger an Verdauungsbeschwerden als Frauen. Die Fabrikleitung sorgt für gesundes Essen, gründliches Kauen und dafür, daß die Arbeiter nicht gezwungen werden, ihre mitgebrachten Mahlzeiten in den Arbeitsräumen zu verzehren. Die langwierigsten Erkrankungen sind die nervösen. Die Vorarbeiter sind deshalb angehalten, Arbeiter dem Arzt zu melden, die sich irgendwie auffällig benehmen, reizbar sind usw. Alle, die sich krank melden, werden von Fabrikärzten besucht und müssen vor Wiedereintritt dem Chefarzt vorgestellt werden. Sehr nützlich hat sich die Bestimmung erwiesen, daß alle, die von der Arbeit abwesend waren, bei ihrer Rückkehr vor einem Komitee ihrer Mitarbeiter die Gründe ihrer Abwesenheit angeben müssen. Diese Maßnahme hat von November 1923 bis März 1924 dazu geführt, daß die Zahl der Abwesenden um zwei Drittel sich verminderte.

Durch Erlass des preussischen Ministers für Handel und Gewerbe ist im Kaiserin Augusta-Viktoria-Krankenhaus zu Berlin-Neichenberg eine Abteilung für Gewerkrankheiten eingerichtet worden. Die Lage des Krankenhauses im 1.sten Berlins in der Mitte zahlreicher Fabriken macht es für diese Zwecke besonders geeignet. Bekanntlich ist in Italien in Mailand bereits im Jahre 1912 eine Spezialklinik für Nervenerkrankheiten eingerichtet worden.

:::

:::

:::

Ein wichtiges Betätigungsfeld für die Betriebsräte

Peter Junk (Opladen)

Es war in dem tollsten Wirren der Inflationsperiode, als der Unternehmervertreter Dr. Kiemer sein „Ceterum censeo“, das heißt: „Die Gewerkschaften müssen zerstört werden“ in die Welt hinausrief. Naive Gemüter glaubten damals, es handele sich nur um die Meinung eines verrätherischen Syndikus. Für jeden aber, der nicht mit Blindheit geschlagen war, durfte es ohne Zweifel sein, daß diese Worte Dr. Kiemers die Auffassung größerer Unternehmerkreise wiedergaben. Doch wenn auch Inflation, Ruhrkrieg usw. die Gewerkschaften vorübergehend schwächten, so haben sie sich doch organisatorisch und finanziell rasch wieder erholt. Natürlich werden die Unternehmer ihre Bemühungen nach einer Schwächung der Gewerkschaften fortsetzen. Ein Mittel hierzu glaubt man von Unternehmenseite darin gefunden zu haben, daß man propagiert: Zurück vom starren tariflichen Lohnsystem zum Leistungsprinzip oder Leistungslohn. Es war nie der Wille der Gewerkschaften, „starre Tariflöhne“ festzulegen. Der Tariflohn soll vielmehr als Mindestlohn gelten, um das Existenzminimum des Arbeiters zu sichern. Wenn darüber hinaus die Leistung des einzelnen — natürlich unter Mitwirkung der Betriebsvertretungen — in der Entlohnung berücksichtigt werden soll, so wird dagegen von Gewerkschaftseite nichts einzuwenden sein.

Welchen Zweck aber verfolgen die Unternehmer mit der Propaganda des „Leistungslohnes“? Man will mit allen Mitteln versuchen, die kollektive Regelung der Löhne wieder zu beseitigen. In einem Schreiben des Arbeitgeberverbandes wurde uns mitgeteilt:

„Es hat sich im letzten Jahre wie in anderen Bezirken, so auch in dem unsrigen herausgebildet, daß die Tariflöhne nur das Fundament für die Entlohnung bilden, auf dem sich hohe Akkordverdienste für die Akkordarbeiter, für die Zeitlohnarbeiter trotz Wegfall der tariflichen Spezialzulagen erhebliche Sonderzulagen, wie Akkordbeteiligung, Leistungszulagen, Schmutz-, Feuer- und Diebstahlszulagen usw. aufbauen.“

Der Syndikus des hiesigen Arbeitgeberverbandes erklärte zur gleichen Frage:

„Das Leistungsprinzip muß wieder in den Vordergrund treten. Generelle Lohn-erhöhungen müssen deshalb, auch wenn sie durch die Erhöhung der Ausgaben der Arbeiterschaft bedingt wären, abgelehnt werden, weil sonst das ganze Leistungsprinzip über den Haufen geworfen würde.“

Offen kommt hier zum Ausdruck, daß man den Tariflohn so niedrig halten will, daß er praktisch für die Entlohnung keine Bedeutung mehr hat. Auf diese Weise glaubt man, den tariflichen Gedanken in der Arbeiterschaft zu beseitigen und die Gewerkschaften zu schwächen.

Wie sieht es nun in den Betrieben mit diesem „Leistungsprinzip“ aus? Insbesondere bei den Zeitlohnarbeitern spielt in den meisten Fällen nicht die Leistung bei der Entlohnung die entscheidende Rolle, sondern nach reinem Guldanken der Meister wird die sogenannte „Leistungszulage“ gewährt. Und damit wird ein „Schmaroker- und Günstlingsystem“ gezüchtet.

Ein Beispiel: In einem hiesigen größeren Werke ist die Gewährung der „Leistungszulagen“ in Höhe von etwa 3 bis 4,50 Mk. wöchentlich vollständig in die Hände der Meister gelegt. Kommt ein Arbeiter einmal zu spät oder versucht gegenüber dem Meister seine eigene Meinung zum Ausdruck zu bringen, so wird ihm einfach die Zulage für die laufende Woche „entzogen“. Erhebt der Arbeiter hiergegen beim Arbeiterrat Einspruch, so gibt überhaupt keine Leistungszulagen mehr. Demnach Ansicht der Firma bezw. Betriebsleitung ist es eine „freiwillige“ Zulage, die nach ihrem „freien“ Ermessen gezahlt wird. Infolge der wirtschaftlichen Notlage der Arbeiterschaft und der systematischen Ablehnung jeglicher tariflicher Lohn erhöhungen seitens des Unternehmertums verliert ein Teil der Arbeiter halt in bekannter Art mit ihrem Meister „gut aus-

zukommen⁴. Darin liegen aber Gefahren für die Arbeiterschaft. Durch eine solche Günstlingswirtschaft wird der Spaltiß in die Arbeiterschaft getragen, anstatt eine gemeinsame Front gegenüber dem Unternehmer zu bilden. Der lachende Dritte ist dabei natürlich der Unternehmer.

Auch die Gewerkschaften leiden unter solchen Verhältnissen. Kommen doch die durch die Gunst der Meister bevorzugten Arbeiter mit dem unsinnigen Argument: „Was nützen uns die Gewerkschaften, wir bekommen ja „freiwillig“ mehr Lohn, wie die Gewerkschaften tariflich herausholen.“ Wie widersinnig und gedankenarm diese Argumente sind, möchte ich an einem Beispiel aus dem bereits erwähnten Werke illustrieren: Bis zum Januar 1924 (Ablauf des alten Tarifvertrages) standen dem Zeitlohnarbeitern des Wertes 10 Prozent Schwer- bzw. Schmutzulage, die tariflich vereinbart waren, zu. Hinzu kam noch, daß infolge des straffen gewerkschaftlichen Zusammenschlusses der Belegschaft für die Zeitlohnarbeiter eine Affordbeteiligung bestand, welche auch mindestens 20 Prozent vom Grundlohn betrug. Mithin verdiente der Zeitlohnarbeiter mindestens dem Grundlohn plus 30 Prozent. Demnach würde nach dem Stande des heutigen tariflichen Mindestlohnes von 60 Pf. pro Stunde für den Facharbeiter über 22 Jahre der über dem Mindestlohn liegende Verdienst pro Stunde 18 Pf. betragen. In dem Werke wird wöchentlich 50 Stunden (Schwererzeugindustrie) gearbeitet, so daß gemäß der früheren Regelung der über dem Grundlohn liegende Mehrverdienst mindestens 10,62 Mk. wöchentlich betragen würde, gegenüber der jetzigen „Günstlingszulage“ von höchstens 4,50 Mk. wöchentlich. Zieht man hierbei noch in Betracht, daß diese Günstlingszulage nicht alle Arbeiter bekommen, während früher ein rechtlicher Anspruch auf die tariflich bzw. werkllich vereinbarten Zulagen vorhanden war, so sieht man, in welchem Interesse das „Sparen des Verbandsbeitrages“ liegt.

Das hier bezüglich der Zeitlohnarbeiter Gesagte gilt im selben Maße für die Affordarbeiter des Wertes. Bis Januar 1924 betrug zum Beispiel der **Mußverdienst** eines Walzers Grundlohn plus 15 Prozent. Hinzu kam die tariflich vereinbarte Schwer- bzw. Feuerzulage von 15 Prozent vom Grundlohn. Nach dem heutigen Stande des tariflichen Grundlohnes würde der Mußverdienst pro Stunde 70 Pf. betragen (angelernte Arbeiter). Das Gesamtverdienst lag aber damals durchschnittlich 45 Prozent über dem Grundlohn, das würde heute einen Stundenverdienst von 80 Pf. bedeuten. Produziert wurden damals an einer mittleren Walzenstraße 20 Tonnen in achtfündiger Schicht, oder pro Stunde 2,5 Tonnen, so daß pro Tonne 32 Pf. bezahlt wurden. Derselbe Walzer bekommt aber heute, nachdem wieder Vollafford eingeführt ist, als Affordtag pro Tonne 27,1 Pf., also rund 5 Pf. weniger. Er muß also heute in zehnfündiger Schicht 30 Tonnen, das sind 10 Tonnen mehr als früher produzieren, um auf einen Stundenverdienst von 80 Pf. zu kommen. Das hier gewählte Beispiel ist keine Einzelercheinung. In einer ganzen Reihe von Betrieben bestehen Spannen in dem Affordverdiensten, die absolut nicht auf die Leistung des einzelnen zurückzuführen sind, sondern auch da ist die „Gunst“ des Meisters ausschlaggebend. Daß ferner eine ganze Reihe von Firmen vorhanden sind, die nur den „starren“ Tariflohn zahlen, sei ebenfalls vermerkt.

Hier muß Aufklärung und Remedur geschaffen werden. Das muß durch die Gewerkschaften und vor allem auch durch die Betriebsräte geschehen. Sie, die als öffentlich-rechtliche Organe des Betriebes dazu berufen sind, gleichberechtigt in Gemeinschaft mit dem Unternehmertum an der Regelung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse mitzuwirken, müssen sich vergegenwärtigen, daß sie diese Aufgaben nur erfüllen können, wenn hinter ihnen eine geeinte organisierte Arbeiterschaft steht. Die heute zum Teil indifferente Arbeiterschaft muß wieder mit echt gewerkschaftlichem Geiste und Vertrauen zur proletarischen Bewegung erfüllt werden. Dem Betriebsrat sind bestimmte Aufgaben und Pflichten auferlegt. Diese sind niedergeschrieben und festgelegt im Betriebsrätegesetz. Wie kann der Betriebs- bzw. Arbeiterrat die geschilderte Günstlingswirtschaft bekämpfen? Die erste Aufgabe des Betriebsrats muß sein, daß er sich auf Grund des § 71 des BRG die Lohnlisten vorlegen läßt und feststellt, wie die Verdienste (Afford- sowie Zeitlohnverdienste) der einzelnen Arbeiter oder Arbeitergruppen sind. Mit Wichtigkeit ist hier ein Überblick zu gewinnen, welche Arbeiter oder Arbeitergruppen in ihren Verdiensten zurückgeblieben sind. Sind diese Feststellungen getroffen, so muß in den einzelnen Abteilungen geprüft werden, warum diese einzelnen Arbeiter oder Arbeitergruppen in ihren Verdiensten zurückgeblieben. Kommt der Betriebsrat bei dieser Prüfung zu dem Ergebnis, daß hier die „Gunst und Liebe“ des Meisters eine Rolle spielt, so muß er selbstverständlich mit allem Nachdruck für die Beseitigung dieser Zustände eintreten. Denn wenn dem Be-

Betriebsrat durch das BRG die Pflicht auferlegt ist, „den Betrieb vor Erschütterungen zu bewahren“ oder „das Einvernehmen innerhalb der Arbeitnehmerchaft zu fördern“, so kann sich das doch nicht nur auf die Maßnahmen der Arbeitnehmerchaft beziehen, vielmehr hat auch der Unternehmer alles zu unterlassen oder für Abstellung solcher Mißstände Sorge zu tragen, die dem Betriebsrat in Erfüllung seiner Pflichten hemmen. Wenn auch dem Betriebsrat keine besonderen „Zwangsmittel“ gegen den Unternehmer zur Verfügung stehen, so wird der Betriebsrat, wenn er immer und immer wieder auf Abstellung dieser Mißstände drängt, schließlich doch Erfolg haben. Damit wird auch bei den Arbeitern das Vertrauen zum Betriebsrat und zur gewerkschaftlichen Sache gestärkt. Wenn der Betriebsrat von dem ihm zustehenden **Kontrollrecht** des öfteren Gebrauch macht, dürfte die Günstlingswirtschaft in den Betrieben bald wieder beseitigt sein.

Oft hören wir Bemerkungen, wie: „Laßt die Gewerkschaften für ausreichende Löhne sorgen, dann hört die Günstlingswirtschaft von selber auf.“ Unsere Antwort kann nur lauten: „Solange die Gewerkschaftsführer bzw. Funktionäre Lohnverhandlungen führen müssen für eine unorganisierte Masse, solange wird an ausreichende Löhne nicht zu denken sein.“ **Lohnfragen sind Machtfragen!** Und Macht gewinnen die Arbeiter nur als **organisierte** Masse in den Gewerkschaften.

Aufklärung unter der Arbeiterschaft ist unbedingt erforderlich. Gewerkschaftsversammlungen wie politische Versammlungen weisen heute zumeist einen mangelnden Besuch auf. Das gilt auch von Betriebsversammlungen, besonders der größeren Werte. Hier müssen meines Erachtens die Betriebsräte periodisch einzelne Abteilungs- oder Gruppenversammlungen während den Pausen abhalten. In einem solchen kleineren Zirkel ist die aufklärende und belehrende Tätigkeit ganz bestimmt erfolgversprechend. Daß dabei **der Betriebsrat im engsten Einvernehmen mit der Gewerkschaftsleitung am Orte arbeiten** muß, ist selbstverständlich.

Notwendig und von Bedeutung ist auch, daß den Gewerkschaften weit mehr Material über die Mißstände in den Betrieben zugeht. Nur bedingt sind die Gewerkschaften über die wirklichen Verdienste und Entlohnungsmethoden in den einzelnen Betrieben unterrichtet. Die Unternehmer weisen bei jeder Lohnverhandlung auf die „hohen“ Verdienste der Arbeiter hin und sind besonders in Schlichtungsverhandlungen gegenüber den Arbeitnehmervertretern im Vorteil, weil letzteren zum Gegenbeweis oft das notwendige Material fehlt. Ähnlich steht's mit den Behauptungen der Unternehmer in der Presse, ihren Zeitschriften, Rundschreiben u. a.

Erkennen die Betriebsräte das hier hervorgehobene Betätigungsfeld und handeln entsprechend, so wird der Erfolg für unsere proletarische Sache nicht ausbleiben.



Bücherbesprechung

Dr. F. Wueffing: **Geschichte des Deutschen Volkes vom Ausgang des 18. Jahrhunderts bis zur Gegenwart**. 3. verbesserte und erweiterte Auflage. Großoktav, Preis broschiert 5,50 Mk., kartoniert 6,50 Mk., Ganzleinen 7,50 Mk. E. Laubische Verlagsbuchhandlung, G. m. b. H., Berlin W 30. Die 1. Auflage dieses wertvollen Werkes wurde in einem Aufsatz „Geschichte des deutschen Volkes“ von Genossin L. Sender in Nummer 11 Jahrgang 1924 der Betriebsräte-Zeitschrift eingehend besprochen. Das Buch liegt nun in dritter, stark erweiterter Auflage vor. Völlig neu ist das Kapitel „Koalitionsregierungen und Erfüllungspolitik“, das die Geschichte der Jahre 1921 bis 1924 umreißt und der „Statistische Anhang“, der sich auf die Ziffern der amtlichen *Deutsche Zeitschrift für die Darweschafverständigen* stützt. Mit neuem Material ergänzt wurden die Kapitel „Auswärtige Politik“ und „Der Weltkrieg“. An dem Grundcharakter des schnell bekannt gewordenen Buches wurde dabei nicht gerüttelt. Wueffing schreibt keine Fürstengeschichte, sondern sucht die wirklich treibenden soziologischen Elemente der Menschheitsentwicklung aufzuzeigen. So sagt er: „... Aus inneren und äußeren Gründen erwuchs mir die Aufgabe, die soziale und politische Idee-Entwicklung zu verfolgen, Leitlinien des Lebens aufzudecken, konstruktiv zu verfahren...“ Sein Buch bietet dem Leser nicht nur reiches geschichtliches Material und eine Quelle dankbarer Anregungen, sondern verpflichtet auch zum eigenen Nachdenken. Wir begrüßen die ergänzte Neuauflage und empfehlen die Anschaffung des Wertes.

H. D.

Hans Eyschmann, Die Großwirtschaft an der Ruhr. 283 S. Ferd. Sirt, Breslau 1925. 9 Mk. — Man erwartet ein wissenschaftliches Buch über das rheinisch-westfälische Industriegebiet und hätte das mit Freude begrüßt und empfohlen; aber man findet eine in manchen Abschnitten geradezu üble Tendenzschrift. Heuchlerisch wird zwar in der Einleitung beteuert, daß einer parteipolitischen Tendenz oder Theorie zuliebe kein Wort geschrieben ist. Und in der ersten Hälfte des Buches ist manches brauchbare Material benutzt und zusammengetragen, ohne daß allerdings neue Gesichtspunkte zum Vorschein kommen. Die Entwicklung der Kongzerne, besonders in der jüngsten Zeit, ist recht lüdenhaft, teilweise auch unrichtig dargestellt. Die Schlußkapitel — der Achtstundentag; das Kapital; vom Reizen der Wirtschaftsführer, ihre Persönlichkeit, das Verhältnis zum Arbeitnehmer, ihre Stellung zum Stand — zeigen jedoch, was für ein Dilettant auf wirtschaftswissenschaftlichem Gebiete der Verfasser ist und welchen Zweck das ganze Buch verfolgt: Glorifizierung der „Schlotbarone“, Beschimpfung der Arbeiter, Verdächtigung ihrer Führer und ihrer Organisationen (besonders des Metall- und Bergarbeiter-Verbandes). Nur die großen Wirtschaftsführer im Ruhrrevier sind (im Gegensatz auch zu Rathenau und den Großbanken!) wahrhaft genial und national. Dagegen der Marxismus — die Darstellung der Marxschen Theorie und der Geschichte der Arbeiterbewegung ist ebenso gehässig, wie kindisch! —, der Achtstundentag, die Sozialisierungsidee und vor allem diese „verantwortungslosen Agitatoren fremder Herkunft“, diese Gewerkschaftssekretäre, die hübsche Häuschen bewohnen und mit Wagen oder Auto fahren! — sie sind neben dem Schmachtfrieden von Versailles für die augenblickliche und sämtliche künftigen Krisen verantwortlich zu machen. Im Dienste welches „Wirtschaftsführers“ oder welcher „Führergruppe“ steht wohl dieser Privatdozent der Geographie an der Kölner Universität, der in Hochum „im Anblick der Jeché „Friederika“ wohnt?

*

Gendrik de Man, Zur Psychologie des Sozialismus. 434 Seiten. Eugen Diederichs, Jena. 1926. 17 Mk. — Schade, das Buch enthält treffliche Partien; besonders die zweite Hälfte birgt beherzigenswerte, zum Nachdenken und Nachhandeln anfeuernde Stellen und Kapitel. Und de Man ist nicht der erste Beste. Aber es stimmt traurig, daß auch er glaubt, dadurch einen besonderen Eindruck zu erzielen, daß er „den Marxismus überwindet“. Das ist neuerdings Mode geworden. An Marx selbst haben sich seine Kritiker die Zähne ausgebissen — und de Man, der zum Beispiel theoretisch glaubt, die materialistische Geschichtsauffassung ablehnen zu müssen, wendet sie in der historischen Analyse dauernd an —; nun zieht man gegen den „Marxismus“ vom Leder. Was ist das nun? Für de Man ist die Sache höchst einfach: Marxismus ist für ihn das, was nach seiner Ansicht „von Marx in der Arbeiterbewegung lebendig ist“. Gegen diese Vogelscheuche, die sich de Man selbst zurechtmacht, ist natürlich leicht kämpfen. Natürlich wäre es ein Unfug, Marx und Marxismus in einen dogmatischen Fetisch verwandeln zu wollen. Ideologien, selbst die schärfsten theoretischen Systeme unterliegen der Kritik, der Wandlung, der Umformung und Weiterbildung. Und eine psychologisch-ethische Unterbauung der sozialistischen Idee anstelle der vielfach fatalistisch-materialistischen wird gerade von konsequenten Marxisten immer wieder gefordert. Aber man fördert die Arbeiterbewegung — und auf ihre Psyche muß man doch auch Rücksicht nehmen! — nicht, wenn man zum soundsowienischen Male unwiderrücklich, endgültig den Marxismus oder vielmehr einen Pseudomarxismus erledigt.

*

Martin Andersen Kexö: „Der Lotterieschwede.“ (Verlag J. S. W. Diez Nachf., Berlin. Ganzleinen 2 Mk., kart. 1,10 Mk.) — Ein ganz großes, bedeutendes Kunstwerk, dies kleine Büchlein. Kexö hat eine Gabe, wie sie kaum bei einem zweiten zu finden ist, in Schlichtheit und tiefergreifendem Miterleben uns Zeichnungen aus dem Leben des Proletariats zu geben, die feine, edle Kunst und zugleich starke Aufrüttelung sind. So kann nur jemand die Tiefen des Lebens erfassen, der selber sich durch all diese Tiefen hat durchkämpfen müssen. Wie einfach und mitten aus dem Leben herausgenommen schildert er uns das Leben einer Arbeiterfamilie, der Mann gutmütig, vielleicht etwas schwach, es ist mit die Liebe zu den Seinen, die ihn zu dem Verhängnis des Lotteriespiels treibt, die Arbeit im eisig kalten Steinbruch ist oft ohne Alkoholgenuß gar nicht zu bewältigen. Beides wird ihm zum Verhängnis. Er sinkt tiefer und tiefer. Tapfer rafft sich sein Weib auf, eine jener zahlreichen heroischen proletarischen Frauengestalten, die ihr Heldentum im stolzen, starken Ringen im täglichen Dasein still dahinleben. Als

dann schließlich doch einmal das Los mit einem Gewinn von 4000 Mk. herauskommt, da hat es der Mann kurz vorher beim Trunk verspielt. Als er es bei seiner Arbeit im Steinbruch erfährt, findet er bei Sprengarbeiten den Tod. Freitod? Wahrscheinlich! Und doch auch hat das Schicksal diesen gutmütigen, aber dem harten Geschick nicht gewachsenen Menschen zerstört.

L. S.

*

Molitor, Gued, Kiegler: Der Arbeitsvertrag und der Entwurf eines allgemeinen Arbeitsvertragsgesetzes. (Wensheimer, Mannheim. 1925. 12 Mk.) — Der Entwurf eines Arbeitsvertragsgesetzes, der bereits im Jahre 1923 veröffentlicht wurde, hat leider — namentlich auch in Arbeiterkreisen — nicht die Beachtung gefunden, die er verdient. Um so bemerkenswerter ist das obenbenannte Buch. Es unterzieht an Hand der Gesetzes-systematik die einzelnen Bestimmungen des Gesetzentwurfs einer eingehenden, streng wissenschaftlichen Untersuchung. Das Buch setzt die Kenntnis des geltenden Arbeitsrechts voraus. Wer nicht heimisch ist im Arbeitsrecht, sollte das Buch nicht durchstudieren, da sonst die Gefahr der Verwechslungen des geltenden und des geplanten Rechts erwächst. Das Buch ist flüssig, aber nicht populär geschrieben. Sozialpolitische Erwägungen sind mitunter allzu knapp gehalten, dagegen nehmen dogmatische Erwägungen einen breiten Raum ein. Insofern die Verfasser sich hierbei bemühen, die Grundbegriffe möglichst klar herauszuarbeiten, ist ihr Bestreben nur zu begrüßen. Wer sich intensiv mit Arbeitsrecht beschäftigt, kann an dem Buch, namentlich an den Kapiteln 5, 7, 8 und 10 nicht vorbeigehen.

Dr. F.

*

Lawrence H. Desberry: An den Ufern des Hudson. (Verlag Neue Welt, Jena.) — Ein interessanter Versuch. Wir können uns ja die Augen nicht davor verschließen, daß es gerade Menschen aus dem Proletariat sind, die sich die aufpeitschenden Sensationsfilme ansehen, die auch am liebsten zu einem Buche greifen, das sie in solcher Spannung umlammernt, daß es sie vollkommen die Sorge und Schwere des Tages vergessen macht.

Zu schwerer Lektüre, ja selbst zu den Romanen, die auch bei lebendiger Schilderung doch zu sehr die ganze Problemfülle unseres Seins vor uns hinstellen, sind sie zu müde, zu abgequält, und darum suchen sie Entspannung — in starker Spannung. Da steht nun freilich diesem Bedürfnis ein Berg von Büchern zur Verfügung, die nicht nur vom künstlerischen Standpunkt aus kitschig sind, sondern zumeist in ihren Tendenztriefen von bürgerlich-jüßlicher Moral und darum sowohl das Geschmacksniveau herabdrücken, als die Ideologie ganz im Sinne der herrschenden Moral beeinflussen.

Nun hat der bekannte Jenaer Parteiverlag es einmal unternommen, den proletarischen Lesern und Leserrinnen ein Buch zu bieten, das neben der verlangten Spannung und Sensation doch zugleich eine anständige Tendenz bietet. Der Roman spielt in Amerika, Mord eines proletarischen Politikers, Treiben des Ku-Klux-Klans, Suchen nach dem Mörder, Liebe und Pathologie — all das ist der Stoff, die Fäden sind so geschlungen, daß der Leser von Anfang bis Ende in Atem gehalten wird. Die Sprache wirkt auch in der Übersetzung einfach und passabel. Höher künstlerischen Wert können wir dem Buche nicht zusprechen, wenn aber schon Bedürfnis für diese Art spannender Lektüre vorhanden ist, so möchten wir doch diese Art „Detektivromane“ dem sonst so leicht zugänglichen Kitsch bei weitem vorziehen.

L. S.

Am die Leser der Betriebsräte-Zeitschrift!

Verkümt nicht die **Einbanddecken** des 6. Jahrganges (1923) der B.-Z. zu bestellen. Gebunden bietet dieser Jahrgang auch in späteren Jahren noch ein wertvolles Buch und seine Aufsätze eine Quelle reichen Materials. Beim Vorstand des DMD oder durch die zuständige Ortsverwaltung sind zu beziehen

die Einbanddecke zum Preise von 0,80 Mk.
der gebundene Jahrgang 1923 " " " 2,20 "

Bestellungen nur gegen Voreinsendung des Betrags oder auf unser Postcheckkonto Stuttgart 6804 an die Verlagsgesellschaft des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes.